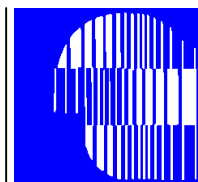
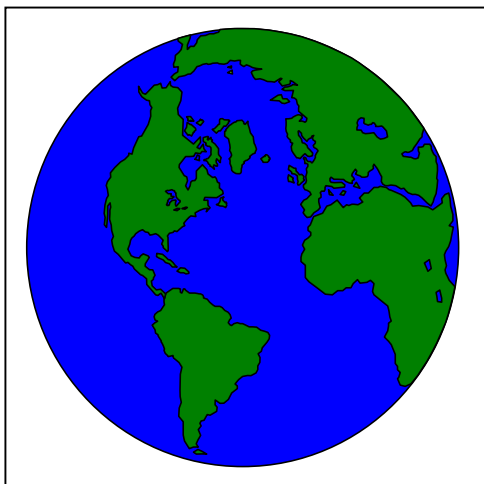


Kultur zwischen globalen Netzwerken und digitaler Spaltung

Dieter Klumpp



Alcatel SEL
Stiftung für
Kommunikations-
forschung im
Stifterverband für
die Deutsche
Wissenschaft

Vortragszyklus 2000-2001

Kultur zwischen globalen Netzwerken und digitaler Spaltung

Inhaltsverzeichnis

Seite

Vorwort

2

Leitbilder für eine Kultur der Informationsgesellschaft

Vortrag auf der Konferenz „Kultur für morgen – Kultur der Informationsgesellschaft“

Evangelische Akademie Bad Boll, Am 25. November 1999

Nahrung und Informationstechnik - Globale Netzwerke für die Informationsgesellschaft

Festvortrag auf der BÄKO-Jahrestagung auf der Generalversammlung der BÄKO-Bundeszentrale e.G., Köln, 28. Mai 2001

Digitale Spaltung und der globale Wettbewerb

Festvortrag auf der Mitgliederversammlung des ZVEI-Fachverbands elektrische Antriebe Magdeburg, 5. Oktober 2001

Impressum

Stiftungs-Reihe

Redaktion
Dr. Dieter Klumpp
Petra Bonnet M.A.
Renate Förstner

Druck der Broschüre
Alcatel SEL AG

Alle Rechte vorbehalten
Alcatel SEL Stiftung
© 2002

Postadresse
Alcatel SEL Stiftung
Postfach 40 07 49
70407 Stuttgart
Telefon (0711) 821-45002
Telefax (0711) 821-42253
E-mail
sel.stiftung@alcatel.de

ISSN 0932-156x

Vorwort

Das Werden einer Kultur der Informationsgesellschaft bewegt sich von Anfang an in einem Spannungsfeld von globalen Netzwerken und digitalen Klüften. Die globalen Netzwerke von Akteuren werden zunehmend von einer schier unerschöpflich erscheinenden Informationsvervielfältigungsmaschinerie einerseits und einer immer höheren Unmittelbarkeit andererseits immer enger geknüpft. Nach dem Siegeszug der Massenmedien, speziell des Fernsehens, seit den sechziger Jahren erobert auch die multimediale Individualkommunikation alle Kulturkreise der Erde. Überall zeigen sich die Auswirkungen in höchster Mannigfaltigkeit. Menschen in Indien, denen ihre Religion den Besuch eines weit entfernten Tempels vorschreibt, dürfen diese „virtuelle Pilgerfahrt“ auch per Internet machen: In Indien sind mehrere Tausend Hindutempel im Internet eingerichtet worden.¹ Die meisten „Klicks“ verzeichnen die Tempelseiten vom Ausland aus, weil viele Gläubige in der Ferne kein Gotteshaus zur Verfügung haben. Solche „Enkulturationen“ sind weder in Lourdes oder in Mekka zu erwarten. Schon dieser kleine Vergleich zeigt, dass es so etwas wie eine „informationsgesellschaftliche Kultur“ wahrscheinlich niemals geben wird. Vielmehr wird die Globalisierung der Informationsmedien kulturell das gesamte Wirkungsspektrum aufweisen, von der praktischen Bedeutungslosigkeit der kulturellen Auswirkung bis zur kompletten Zerstörung von Kulturen.

Auf der anderen Seite ist die „digitale“ Spaltung überhaupt nichts Neues, sondern lediglich eine spezielle Erscheinungsform einer sich überall auf der Welt vertiefenden Spaltung der Lebensverhältnisse und der Lebenschancen.

Wer nicht lesen und schreiben kann, ist im Entwicklungsland oder im PISA-geprüften Industrieland gleichermaßen benachteiligt, er ist - analog wie digital - Opfer einer gesellschaftlichen, nicht einer technischen Entwicklung.

Diese einschränkenden Gültigkeiten sollen den Gebrauch der nachfolgenden „großen“ Schlagworte von „Globalisierung“ bis „Digital Divide“ etwas relativieren, aber nicht obsolet machen. Auch wenn man „Kultur“, „Leitbild“ „Globalisierung“ oder „Kompetenz“ in kleinere Münze wechselt, so sind dies doch immer noch betrachtenswerte und handhabbare Begriffe, mit denen sich die Auseinandersetzung lohnt. Mein Vortrag auf der Konferenz „Kultur für morgen – Kultur der Informationsgesellschaft“ an der Evangelischen Akademie Bad Boll vor drei Jahren versuchte vor allem, den Modebegriff der „Konvergenz“ zu relativieren, von dem manche damals glaubten, er könne als handlungsstiftendes Leitbild dienen. Beim Festvortrag auf der BÄKO-Jahrestagung auf der Generalversammlung der BÄKO-Bundeszentrale ging es vor allem darum, den Begriff der „globalen“ Information vor dem Hintergrund unseres alltäglichen Umgangs damit zu hinterfragen. Für die Mitgliederversammlung des ZVEI-Fachverbands elektrische Antriebe in Magdeburg im Oktober 2001 stand die Frage im Vordergrund, wie ein hochentwickeltes Industrieland seinen spezifischen „Digital Divide“ zur Kenntnis nimmt und was es tun muss, den entstehenden Graben zu überbrücken, wenn er sich denn schon nicht schließen lässt.

Die Überlegungen führten auch zur Erkenntnis, dass eine Rückbesinnung auf gewachsene und zu modernisierende Infrastrukturen von Bildung, Ökonomie und nicht zuletzt der „globalen Netze“ erforderlich ist. Diese Infrastrukturen des 21. Jahrhunderts müssen anders finanziert und betrieben werden müssen, als

¹ Jürgen Hein, Götter aus dem Cyberspace. Für einen Tempelbesuch müssen Hindus nicht mehr unbedingt ihr Haus verlassen, in: Stuttgarter Nachrichten vom 20.1.2001

früher bei den Staatsmonopolen, so viel steht fest. Denn schon wenige Jahre des „Internet-Hype“ im „Turbo-Kapitalismus“ (P. Glotz) haben gezeigt, dass nicht einmal deren Erhalt, geschweige denn, deren Ausbau im freien

Spiel des globalen Wettbewerbs ausreichend gewährleistet sind. Dieser mehr als nur einer „modischen“ intellektuellen Herausforderung müssen sich alle Kulturen in der heraufziehenden Informationsgesellschaft stellen.

Leitbilder für eine Kultur der Informationsgesellschaft

In Deutschland heißt – dies ist trivial – „Kultur“ etwas anderes als in Frankreich, in den USA oder anderswo. Deshalb wird es kaum die Entwicklung von Leitbildern rund um den engeren Kulturbegriff geben. Frankreich hat gerade an der Schwelle zur Informationsgesellschaft ganz selbstverständlich die Frankophonie in unserer Welt im Blick, das französische Aktionsprogramm für Frankreichs Weg in die Informationsgesellschaft (PACSI) kulturt es darüber hinaus bis in das kleinste Filmatelier hinein. Im deutschen Aktionsprogramm kommt das Wort gar nicht vor. Wir zelebrieren andere Leitbilder, zumeist importierte und auf unsere Verhältnisse zurecht gebogene.

1. Konvergenz der Technik – ein Leitbild?

Wer nicht wider den Zeitgeist löcken will, kommt an dem modischen Wort „Konvergenz“ nicht mehr vorbei. Bei der Suche nach der aktuellen Bedeutung kann der Zeitungsleser nur interpretieren. Klassisches Latein hilft nicht, der Ausdruck ist nämlich in etymologischer Hinsicht nicht ciceronisch, sondern spätlateinisch. Er wurde bisher unter anderem für so unterschiedliche Dinge wie die „Angleichung systematisch weit entfernter Tiere wie Maulwurf oder Maulwurfsgrippe“, für „gleichartige Schottertäler in Arktis und Sahara“, für die „Konvergenzmagnete in Bildröhren“ oder für den „Konvergenzpunkt zweier unendlicher Zahlenfolgen oder Reihen mit der Möglichkeit einer Grenzwertbildung“ gebraucht. Die „Konvergenztheorie“ stand bis 1989 für die Auffassung einiger Ökonomen und Soziologen, dass sich östliche und westliche Gesellschaftssysteme einander annähern würden. Erinnerung sind auch die Konvergenzkriterien bei der Einigung über den EURO, die wiederum als Grenzwerte für Konsens anzusehen waren.

Seit einigen Jahren nun wird das Wort in der Diskussion um eine Informationsgesellschaft für das Verhältnis moderner Medien und Techniken zueinander, insbesondere für die verschiedenen physikalischen Netze, benutzt. Konstituierend war ein Missverständnis in der öffentlichen Perzeption des Internet: Alle Welt glaubte – und glaubt bis heute – an ein irgendwie „gewachsenes“ neues physikalisches Netz, dabei ist das Internetprotokoll nichts anderes als die vierte von sieben genormten Kommunikationsschichten, sozusagen die letzte Kommunikationsschicht, auf der zum Beispiel Telefon- und Datenkommunikation noch gleichartige Bitströme sind. Aber genau dieses Zusammenfließen verschiedener Kommunikationsarten mithilfe des Internet-Protokolls machte den „Internet-Schock“ – die sprunghafte Verbreitung vernetzter Computer – aus. Die alten Grenzen zwischen Nachrichten- und Computertechnik verwischen sich, die – nicht nur regulatorisch – wichtigen Unterscheidungen von Medien der Massen- und der Individualkommunikation verschwimmen.

Recht besehen, war das keine ganz neue Einsicht, und vor allem keine völlig neue technische Entwicklung. Aber für die EU-Kommission bot der Internet-Schock doch den willkommenen Anlass der Zuspitzung in einem Schlagwort. Das Grünbuch zur „Konvergenz“ ist der Versuch, auch durch technische Fakten zu belegen, dass man auf dem vortechnisch gewählten normativen Weg zur Liberalisierung richtig liegt. Grünbücher haben in der EU den Stellenwert von Enzykliken im Vatikan, insofern passt das Lateinische auch. Wie inzwischen überall üblich, werden auch in der EU Grundsatzpapiere in den akklamationsheischenden Umlauf gegeben, der nur die Wahl lässt, das Papier mühe-los gut zu finden oder es mühsam umzu-

schreiben. So stellte die EU im März 1999 nach der Anhörung verschiedenster Branchen und Experten fest: „Konvergenz ist ein relativ neues Phänomen, das sich bereits auf die vom Grünbuch erfassten Branchen - Telekommunikation, Medien und Informationstechnologie - auswirkt. Konvergenz ist kein Selbstzweck, sondern eine technologisch induzierte Entwicklung, die für verschiedene Sektoren und Wirtschaftsbereiche interessante Wachstumsmöglichkeiten, auch im Hinblick auf die Beschäftigung, mit sich bringt. Die Bedeutung des Phänomens der Konvergenz geht jedoch über rein ökonomische Aspekte hinaus. Neue Technologien, insbesondere die breite Nutzung digitaler Netze, bieten Zugang zu neuen Diensten und Anwendungen und werden in einer Reihe wichtiger Bereiche das Leben der Gesellschaft und des Einzelnen verändern. Forschung und Entwicklung werden eine zentrale Rolle dabei spielen müssen, sicherzustellen, dass die potentiellen Nutzeffekte den Bürgern Europas und den in den betreffenden Branchen tätigen Betreibern in vollem Umfang zugute kommen.“

Konvergenz ist demnach also ein Phänomen, und Phänomene haben es nun einmal an sich, dass sie sich der stringenten Definition entziehen. Der Begriff Konvergenz wird sogar zum Zauberwort, das aus der Tatsache sich angleichender Bitströme auf der technischen Ebene sogar den Umschwung in qualitativer Hinsicht bei den Medieninhalten induzieren kann: „Die Produktion europäischer Inhalte muss auf der Ebene der Europäischen Union und der Mitgliedstaaten gefördert werden. Die Produktionsmenge und vor allem die Produktionsqualität müssen im Überfluss der Angebote und der Informationsströme gesichert werden. Die Konvergenz erweist sich als Herausforderung an die Fähigkeit, qualitativ hochwertige Inhalte zu schaffen, und sie ist nicht nur eine Frage der Technologie und der Wettbewerbsfähigkeit“.

Damit sagt die EU vor allem sehr deutlich, was Konvergenz nicht ist: Konvergenz ist

nach dieser Aussage kein Leitbild, sondern gibt als Phänomen offensichtlich erst den Anlass her, neue Leitbilder (in diesem Fall: Erwerb der Fähigkeit zur Schaffung hochqualitativer Inhalte) zu suchen. Ein Leitbild hat auch umgangssprachlich und alltagsweltlich mindestens eine Orientierung zu geben, ein Leitbild sollte aber vor allem handlungsstiftend sein. Orientierung und Handlungsanweisung gibt das Schlagwort Konvergenz natürlich zunächst überhaupt nicht: Aus der Tatsache, dass zu DDR-Zeiten der gesamte Fernmeldeverkehr – Telefonate, Telexe, Hör- und Fernsehrundfunk – auf der Strecke zwischen Westberlin und dem Bundesgebiet in einem Richtfunkbündel erfolgte, hat niemand den Schluss gezogen, dass dieser „konvergente“ Wellen- und Datenstrom eine Herausforderung für Inhaltsqualität sein müsse. Und wie sollte sich ein Handlungsstrang entwickeln, wenn man schon vor 20 Jahren einen UKW-Babyrufapparat per Stromsteckdose mit einem anderen verbunden hat?

Das Schlagwort Konvergenz muss im Zusammenhang mit der Informationsgesellschaft kritisch hinterfragt werden. Die baden-württembergische Medien- und Filmgesellschaft, die sich in vorbildlicher Weise daran gemacht hat, ein Leitbild für Baden-Württembergs Weg in die Informationsgesellschaft zu entwickeln, sollte dafür nicht weiter den Versuch machen, es mit dem europäisch inspirierten Doppelschlagwort „Kompetenz für Konvergenz“ zu bezeichnen, so knackig dieser Kalauer auch zunächst klingen mag. Konvergenz ist als Bezeichnung von Technik und Inhalten unter anderem deswegen ein ungeeignetes Schlagwort, weil es eine Konnotation von „alles hängt in Harmonie mit allem zusammen“ in sich birgt. Dieses Muster taugt eher für gesellschaftliche Handlungsblockaden oder für esoterische Om-Mani-Padme-Hums. Wenn etwas sowieso in asymptotischer Annäherung konvergiert, braucht man ja nur noch einen Grenzwert zu bestimmen, diesen als Leitbild auszugeben und dann löst sich alles Konfliktpotential wunderbar handlungs-

leitend auf. Die Nagelprobe ist einfach:

- Der PC wird konvergent zum Rundfunkempfänger, also zahlen alle Modembesitzer (oder die Käufer von Tuner-Einsteckkarten) ab 2003 Rundfunkgebühren?;
- Das Kabelfernsehnetz erlaubt konvergent technisch die Telefonie, also reguliert das BK-Netz künftig die Regulierungsbehörde?;
- Über das Telefonnetz wird konvergent Fernsehen möglich, also sollte ein Telekomvorstand seine Netzausbaupläne mit T-DSL künftig in 16 Landtage einbringen (und wieder heraus)?;
- Die Zeitungen und Zeitschriften werden konvergent zu Online-Portals, diese wiederum konvergieren in nachrichtenauswählenden Online-Suchdiensten und Online-Ausschnitt-diensten, also sind Yahoo.de oder Paperball.de künftig nach Pressegesetz verantwortliche Redaktionen?

Eine Fortsetzung dieser Aufzählung würde ins Absurde führen, in diesem Bit-Mahlstrom würde sich tatsächlich begrifflich alles auflösen, was unsere gesellschaftliche Ordnung bisher leidlich – was die Medien betrifft: unleidlich - zusammengehalten hat. Wer „Konvergenz“ weiterhin gar als ein umfassendes inhaltliches Leitbild einer Deregulierung verwenden will, der sollte auch postulieren, dass Autofahrer, Radler und Fußgänger keine Verkehrsordnung mehr brauchen, benutzen sie doch konvergent dieselben Straßen. Es gibt ja inzwischen Agenturen, die sich auf die Schaffung neuer Schlagwörter spezialisiert haben, leider gibt es noch keinen Dienstleister, der missverständliche Schlagworte wieder eliminiert; Computerpionier Heinz Zemanek hat als Bezeichnung dafür die „Paradigmenwechselstube“ vorgeschlagen.

Konvergenz ist kein Leitbild, vielmehr können wir bei den Ansätzen zur Leitbildentwicklung feststellen, dass es eine Konvergenz

der Leitbilder zur Informationsgesellschaft zu geben scheint. Dazu ist ein „Blick zurück nach vorn“ (Ehrenberg) in die Prognosewelt vor 30 Jahren mehr als hilfreich.

2. Leitbilder für die Informationsgesellschaft?

Für jede Jugend aller Zeiten gibt es einen besonders ekelregenden Satz der Älteren, der da lautet: „Alles schon einmal da gewesen!“. Aber die schöne neue technische Welt der Informationsgesellschaft ist tatsächlich nur hinsichtlich ihrer Artefakte neu, die Elemente der heutigen Diskussion finden sich schon in der Periode der frühen Siebziger, die Informationsgesellschaft also solche war damals selbst ein Schlagwortsynonym für Leitbild. Wahrscheinlich können nur die damaligen jungen Erwachsenen, also die 1970 rund 20-30jährigen das komplette Assoziationsbündel rund um den Begriff „Informationsgesellschaft“ auch noch aus der heutigen Distanz hinreichend gut auflösen. „Informationsgesellschaft“ war in dieser Generation für wenige Jahre nicht mehr und nicht weniger als das Synonym für den möglichen Abschluss des 200-jährigen Prozesses der Aufklärung. Genaue Vorstellungen gab es nicht, weder technisch noch ökonomisch, nur die „gesellschaftliche“ Richtung schien klar: Immer besser, immer freier, immer gerechter und nicht zuletzt: immer brüderlicher (respektive: solidarischer). Die Grenzen des Wachstums waren auch hier noch nicht beschrieben. Außerdem waren die Akteure damals tatsächlich so jung, wie sie sich heute allzu gerne fühlen.

Man muss dies wissen, wenn man die Prognosefreude der Sechziger und frühen Siebziger nachvollziehen können will. Schon 1968 hatten Futurologen wie Frederic Vester um einzelne technische Inventionen relativ dichte gesellschaftspolitische Szenarien gebildet und zum Beispiel „umfassende Anwendungen der vielkanaligen Kommunikationssysteme“ skizziert. Robert Jungk schrieb 1973 über die „gleichzeitige Entwicklung einer ungewöhnlich leistungsfähigen Infrastruktur für

Transport und elektronische Kommunikation als notwendige Ergänzung für die postindustrielle Stadt“. Buchholz sprach 1970 von „Überlegungen, Zeitungen und Briefe auf immateriellem Wege ins Haus zu bringen, indem die Mitteilungen in Sekundenschnelle übermittelt und auf Fotopapier originalgetreu beim Empfänger kopiert werden“ und er sah auch schon die totale technische „Konvergenz“ voraus: „Völlig neuartige Möglichkeiten einer noch viel stärkeren Verdichtung der Nachrichtenverbindungen auf der Erde kann vielleicht die Laser-Technik (...) bringen. Theoretisch - so heißt es - kann ein einziger vom Laser erzeugter Lichtstrahl alle Informationen transportieren, die zur gleichen Zeit von sämtlichen Fernsehstationen, Rundfunksendern und Telefonen der Welt ausgesandt werden“.

Die theoretischen Fundamente fanden sich bei Alain Touraine, der in einer postindustriellen Gesellschaft einen unmittelbar funktionellen Zusammenhang zwischen verschiedenen Phasen des sozioökonomischen Wandels und den Kommunikationsverhältnissen sah. Die - leitbildverdächtige - Vorstellung, dass sich jedes gesellschaftliche Entwicklungsstadium seine „typische“ technisch Kommunikationsform suche, ist zunächst zwar rein deskriptiv, birgt aber in sich eine - in Anbetracht einer „Dienstleistungsgesellschaft“ – schon deutliche Hinwendung zu den Medien der Individualkommunikation wie Fernsprechen, Fernschreiben oder anderen „vermittelten“ Dienste der Telekommunikation. „Informationsgesellschaft“ meinte keine „TV-Berieselungsgesellschaft“, wie sie später gerade von US-amerikanischen Autoren identifiziert wurde, sie hat stets eine emanzipatorische Konnotation.

Holzschnittartig darf man feststellen, dass die Anhänger der These von der Informationsgesellschaft aktiv die informationstechnische Entwicklung vorantreiben wollten, um bestehende und absehbare Probleme der Industriegesellschaft zu lösen. Dies wird deutlich,

wenn man zum Beispiel die prognostischen Leitbilder vor und nach 1973 – dem Jahr der Ölpreiskrise – ansieht. Vorher dominierten die Auffassungen wie die des Hudson-Instituts und Kahn/Wieners verheißungsvollem „Ihr werdet es erleben“ von 1971. So hieß es auch in der Prognose „Post 2000“ des damaligen Postministers Werner Dollinger (CSU) 1969, dass bis zum Jahr 2000 die Erdbevölkerung auf über 5 Milliarden Menschen ansteige; dies geschehe aber vor allem in Entwicklungsländern, in denen der Bedarf nach Telekommunikation deswegen erst Jahrzehnte später auftrete. Die Einkommen würden stark steigen und parallel dazu eine radikale Arbeitszeitverkürzung auf vier Stunden täglich erfolgen. Der „Preis für Menschen-Arbeit“ werde „unverhältnismäßig stark“ steigen. Gleichzeitig würden aber die „Preise für Maschinenarbeit rapide fallen“ und sich dadurch „eine der entscheidenden Voraussetzungen für eine verstärkte Anwendung von Mechanisierung und Automation ergeben“. In der im gleichen Jahr vorgelegten – aus heutiger Sicht als „visionär“ verklärten Regierungserklärung von Willy Brandt (SPD) wurde „mehr Demokratie gewagt“, aber keine Informationsgesellschaft. Vielmehr forderte Brandt die Privatisierung der damals tief in den roten Zahlen steckenden Deutschen Bundespost: "Das Post- und Fernmeldewesen kann seine Aufgaben für unsere Gesellschaft besser erfüllen, wenn die ministerielle Aufsicht sich auf das politisch Notwendige beschränkt“. Es gilt festzuhalten, dass in Deutschland Visionen zur Informationsgesellschaft eine durchweg außerparlamentarische Tradition haben. Es sind Wissenschaftler, die von weiten Reisen zurückkommen und Berichte schreiben, oder aber korporatistisch organisierte Interessenvertreter, deren Schrankware man in den Archiven findet. Im Frühstadium konnotieren Visionen zudem regelmäßig hoch mit „Schwärmerei“.

Mit den Grenzen des Wachstums von 1972 und 1973 wurden andere Schwerpunkte deutlich. Im Zuge einer „Transformation der

wachstums-orientierten Industriegesellschaft zur ressourcensparenden Informationsgesellschaft (sollen) auf dem Wege der Telekommunikationsentwicklung kosten-, energie- und materialaufwendige Engpässe (Verkehr, Stadt-Land--Disparitäten) langfristig kompensiert und möglichst substituiert werden“. Die Vordenker der deutschen Parteien - beispielsweise Erhard Eppler für die SPD und Kurt Biedenkopf für die CDU - haben nach Ausweis ihrer Literaturverzeichnisse alles rund um den Club of Rome gelesen, etwa „Menschheit am Wendepunkt“ von Mesarovi/Prestel 1974, aber auch Alwin Tofflers „Zukunftsschock“ von 1974 und Ivan Illichs Vorschläge, die „Freiheit des Menschen gegenüber seinen komplexen Werkzeugen wiederherzustellen“. Nicht nur bei Ressourcen und Umwelt, sondern auch bei den Arbeitsplätzen wurde umgedacht: Schon 1975 wurde von der Arbeitsgemeinschaft für Kommunikationsforschung die Wichtigkeit des Sektors Information und Kommunikation als „ein expansiver Wirtschaftszweig, der wirtschaftliche Stagnation anderer Sektoren gesamtwirtschaftlich kompensieren kann“ identifiziert.

Es ist tatsächlich bis Mitte der Siebziger ein sehr durchgängiges Muster zu erkennen, das vor allem durch den Wunschtraum einer Befreiung von der Arbeit im Sinne eines Vierstundentags charakterisiert ist. „Informationsgesellschaft“ war demnach damals auch kein selbsttragendes Leitbild, der Begriff war eher ein Vehikel zur Abbildung der gesamten gesellschaftspolitischen Diskussion der entwickelten Industriegesellschaften.

Und ein weiterer Wunschtraum wurde früh skizziert: Die Informationsgesellschaft sollte neuen Schwung in die Demokratisierungsreformen bringen. Auf dem nachmals berühmten IG Metall-Kongress 1972 in Oberhausen über Lebensqualität gab es Beitrag des niederländischen Soziologen Polak, der "den Dialog mit dem Volk und für das Volk" durch totale Computervernetzung erhoffte. Einen ersten Höhepunkt der Erwartungen an eine „demo-

kratischere“ Informationsgesellschaft bildete der sogenannte „offene Kanal“, über den im medienpolitischen Zusammenhang über die Parteien hinweg Hoffnungen geschürt wurden. So meinte selbst Lothar Späth (CDU) noch 1979, dass der offene Kanal vor allem jene Minderheiten und Gruppierungen zu Wort kommen lassen solle, die bislang in den Massenmedien 'sprachlos' sind“. Allerdings stellte er schon zwei Jahre später fest: „Chancengleichheit, Partizipation und kommunikative Kompetenz sind die einschlägigen Begriffe, die auf die Fahnen der Protagonisten des 'Offenen Kanals' geschrieben sind. (...) Die Idee, dass auch die Sprachlosen, die in den bestehenden Programmen nicht berücksichtigten Personengruppen, sich selbst darstellen können, besticht auf den ersten Blick. Doch 'Selbstdarstellung' kann auch missbraucht - oder wie es heute heißt - umfunktioniert werden; denn - um ein bekanntes Zitat abzuwandeln - die Verhältnisse, die sind nicht so. Vielmehr deutet alles darauf hin, dass auch bei derartigen Unternehmungen die schweigende Mehrheit einer kleinen aktiven Minderheit das Feld überlässt“.

In den zehn medienpolitischen Zielvorstellungen von Schwarz-Schilling zu Beginn der Kanzlerschaft Kohl war auch die Union von klaren Leitbildern bestimmt:

- "Eine gesunde Konkurrenz zwischen öffentlich-rechtlichen Rundfunk-Anstalten und privaten Anbietern verbessert die Programmvielfalt und damit auch die Qualität des Gesamt-Programms und führt zu einem Abbau von Krisenerscheinungen, die sich zunehmend am öffentlich--rechtlichen System zeigen.
- Je direkter ein Bürger von einem Ereignis betroffen ist, desto stärker ist sein Bedürfnis nach Information und Kommunikation. Gerade die Neuen Medien tragen zu mehr Informationsgerechtigkeit, Bürgernähe und stärkerer Identifikation mit dem Gemeinwesen bei.
- Die Einsparung von teurer Energie und Rohstoffen ist für ein rohstoffarmes Land wie

die Bundesrepublik Deutschland besonders wichtig. Durch den Einsatz von neuen Informationstechnologien können sowohl im privaten als auf dem gewerblichen Bereich Kosten gesenkt werden.

□ Neue Informationstechniken schaffen zukunftssichere Arbeitsplätze. Wer sie verhindert, vergrößert die Arbeitslosigkeit.

Es ist offenkundig und unstrittig, dass dies alles – trotz eines nachplappernden Allparteienkonsenses – nicht erreicht wurde. Wie die Erwartungen an den Offenen Kanal, so reduzierten sich deswegen auch die medienpolitischen Fragen über der Zeitachse zu eher bangeren Antworten. Werner Remmers, in seiner niedersächsischen Ministerzeit eher ein Befürworter der neuen Medien, sagte 1987 ebenso resigniert wie klar: „Eine neue Medienpolitik gibt es nämlich nicht schon deshalb, weil es neue technische Mittel für Information und Kommunikation gibt. Nach unserer Vorstellung bestimmen und verändern Ideen die Welt. Die Schwierigkeit besteht allerdings darin, die richtigen Ideen zur richtigen Zeit am richtigen Ort zugleich mit den richtigen Leuten zu haben. Die Idee eines Kabels, einer Glasfaser, eines Satellitensystems, einer neuen Fernsehnorm oder die Idee eines Computers - selbst die Summe all dieser Ideen macht noch keine Idee von einer neuen Medienpolitik". Gerade in dieser Resignation der konservativen Intellektuellen angesichts einer sich überstürzenden Medienentwicklung kam es bezüglich des Kabelfernsehens über die politischen Lager hinweg zu nahezu wortgleichen Aussagen mit den eher links-alternativen Anhängern der Medienökologie. Deutlich wurde dies durch eine Reihe von Auftritten Neil Postmans auf eher konservativ ausgerichteten Kongressen in Deutschland.

Hinsichtlich der medienpolitischen Leitbilder kamen im wesentlichen nur Angleichungen in allen politischen Lagern heraus, die anstehenden Probleme wurden dann gemeinsam auf unbestimmte Termine verschoben. Dies war eine deutliche Konvergenz. Unübersehbar ist,

dass die Politik übereinstimmend nahezu jegliche aktive Gestaltungsstrategie aufgab und es den höchsten Gerichten überließ, die notwendigen Eckpunkte zu setzen.

Die Tatsache, dass sich das Leitbild von der Informationsgesellschaft über mehr als zwanzig Jahre hinweg hartnäckig hielt, hatte mehrere wichtige Funktionen für die Politik und die gesellschaftliche Diskussion:

□ Explikationsfunktion: Man konnte seitens der Politik, aber auch in den Verbänden die real vorfindlichen Reduzierungen der industriellen Arbeitsplätze gegenüber dem Wähler und dem Publikum immer wieder als einen temporären Rückgang bezeichnen, der mit den neuen Jobs einer Informationsgesellschaft mindestens kompensiert werden würde. Diese – in der Unternehmensplanung als „Golfschläger-Kurve“ sattsam bekannten - sozialpsychologisch erläuterbaren „J-Kurven“ wurden über zwei Jahrzehnte einfach auf der Zeitachse immer weiter geschoben. „Informationsgesellschaft“ ist immer auch der „Aufschwung des nächsten Frühjahrs“.

□ Eskapismusfunktion: Kritik an den Defiziten der Demokratisierung waren immer wieder mit dem Hinweis auf die kommenden Zeiten abzumildern, in denen durch eine "allumfassende Bürgerinformation" wieder mehr Partizipation ermöglicht und durch "umfassenden Zugriff auf das Weltwissen" die sattsam bekannten Vereinfacher in den Medien gut bildungsbürgerlich gekontert werden konnten. In diesem Leitbild warteten 4,5 Millionen Leser der Bild-Zeitung auf nichts anderes, als sich endlich durch eigene Recherchen in Computernetzen ein objektives Bild des Weltgeschehens machen zu können.

□ Filibusterfunktion: Zwänge einer sich abzeichnenden "Informationsgesellschaft" halfen SPD-Vertretern aus unangenehmen Gewerkschafterfragen nach den Arbeitsplatzfolgen der Computerisierung ebenso erfolgreich heraus wie den CDU-Vertretern aus unangenehmen Datenschützerfragen nach der

"Verdatung" von Wirtschaft und Gesellschaft bzw. den seit 1980 gerade aus edelpädagogischer Sicht vorgetragenen Besorgnissen der Erzieher und Jugendschützer. Eine „reife“ Informationsgesellschaft, in der die Daten, die Informationen und das Wissen eine zentrale Rolle spielen, würde ganz von alleine die Schutzmechanismen hervorbringen, derer es bedurfte.

Konsensfunktion: Das Leitbild "Informationsgesellschaft" war dazu angetan, über die Parteien hinweg die sozialistische oder die technokratische Gesellschaft der Zukunft konsensheischend zu überspannen, in gewissem Sinne hatte der Begriff sogar eine Substitutionsfunktion für nicht vorhandene oder verschwimmende gesellschaftliche Zukunftswürfe. So lässt sich im Verhältnis Staat-Bürger mit dem vernetzten Computer dem Bürger ein Instrument in die Hand geben oder aber auf die Finger sehen. Es ist niemandem so recht klar geworden, dass „Informationsgesellschaft“ nicht automatisch „Demokratie“ bedeutet. Der Exporterfolg der deutsch-französischen Mobilfunktechnik GSM wäre beinahe gefährdet worden, als die Exportkunden feststellten, dass man die erste Generation der Handys nicht direkt abhören konnte: Für die abendländischen Ingenieure hatte es während der Entwicklung nie einen Zweifel daran gegeben, dass ein Mobiltelefon ein privates und damit nicht abhörbares Medium sein müsse.

Es kann wenig Zweifel daran geben, dass in dieser langdauernden Diskussion das umfassend gemeinte, aber bei genauem Besehen vage Leitbild einer alle versöhnenden Informationsgesellschaft überstrapaziert wurde. Auch J-Kurven ermüden auf die Dauer. Es entstand ein reichhaltiger Kanon mit Worthülseanmutung, der ubiquitär eingesetzt werden konnte. Es waren immer wieder bestimmte aktuelle Anlässe wie technische Vorhaben der damaligen Bundespost, technologiepolitische Vorhaben der Regierung zur Schließung von Lücken im internationalen Vergleich oder das Überschreiten von Prozentschwellen der Ar-

beitslosigkeit, aufgrund derer sich die Diskussion neu entfachte. Auch langlaufende Prozesse wie der Monopolabbau im wirtschaftlichen Bereich, die medienpolitische Auseinandersetzung um öffentlich-rechtlich versus privat sowie praktisch jede Strukturveränderung im Bildungswesen wurden „informationsgesellschaftlich“ begründet. Dies alles nährt den Verdacht, dass „Informationsgesellschaft“ genau wie die „Konvergenz“ als selbstständiges, selbstlaufendes und praktisch brauchbares Leitbild auch in der aktuellen Internetzeit vielleicht versagt.

Es wird notwendig sein, aus diesen Erfahrungen zu lernen und das heißt, für die einzelnen Anwendungen der Informations- und Kommunikationstechnik in einer zunehmend vernetzten Kommunikationswelt stabile eigene Leitbilder zu entwickeln.

3. Konvergenzentwicklung oder normative Entscheidung?

Die Konvergenz der Leitbilder nach all den Irrungen und Wirrungen ist unübersehbar, allein schon deswegen, weil die Bannerträger ehemals konträrer Leitbilder heute friedlich in Expertenkommissionen zusammensitzen und die Texte für Hochglanzbroschüren wiederkäuen. Es hat etwas Anrührendes, wenn die müden Augen eines professoralen Altachtundsechzigers bei der Erwähnung von Bürgernetzen wieder zu glänzen beginnen. Und ebenso faszinierend ist der geschockte Gesichtsausdruck des gelernten Technikbejublers, wenn er etwa mit den Problemen von Datensicherheit konfrontiert wird, weil seine tief verehrte Marktwirtschaft diese nicht zu lösen vermag. Gewiss war für die derzeitige Diskussion der Penetrationserfolg des Internet – also eine technische Entwicklung der letzten 5 Jahre - als neues Kommunikationsmedium ausschlaggebend. Insofern unterscheiden sich die Argumentationsmuster, weil nicht mehr über Zukünftiges, sondern über das heute bereits Erlebte diskutiert wird. Es mag für die Diskussionsteilnehmer

von damals tröstlich sein, dass es offensichtlich noch nirgends gelungen ist, vorab gesellschaftliche Regimes zu entwickeln, mit denen die absehbaren Krisen vor ihrem Ausbruch abgemildert werden können. Und es mag für die heutigen Diskussionsteilnehmer ebenso motivierend sein, dass die Möglichkeit einer auf normativen Entscheidungen beruhenden Gestaltung deswegen keineswegs falsifiziert sind. Die Diskussion der Vergangenheit über eine Informationsgesellschaft war oft eine Kreislaufdiskussion, aber sie war nicht unnützlich.

Schaut man sich die einzelnen Themenfelder der Informationsgesellschaft an, lassen sich also durchaus Änderungen feststellen. Neu ist auch, dass es heute möglich scheint, sowohl zwischen den großen politischen Lagern als auch zwischen den Tarifpartnern weitgehend ideologiefreie Sachdiskussionen zu führen. Es ist schließlich kaum zehn Jahre her, dass beim Auftauchen von Datenschützern oder Jugendschützern die jeweils entgegengesetzten politischen Lager die Wäsche von der Leine nahmen. Und es ist kaum fünf Jahre her, als der Begriff „Telearbeit“ – in der Ausprägung als Teleheimarbeit – noch dazu angetan war, die alten klassenkämpferischen Gräben der Tarifpartner wieder aufzureißen. Es sind so große Konsensfelder zwischen den gesellschaftlichen Lagern entstanden, dass man sich – etwa im Fall der Parteien – schon Sorgen machen muss, ob die für einen lebendigen Diskurs prinzipiell notwendige Profilierung (etwa in „Befürworter“ und „Gegner“) noch möglich ist. Der Behauptung, dass es eine gewisse Konvergenz hin zu pragmatischen Sichtweisen gibt, kann man nur schwer widersprechen.

Aber auch hinsichtlich der Aktivziele münden ehemals getrennte Argumentationslinien auf einen gemeinsamen Weg ein. War vor 30 Jahren noch die Hoffnung auf eine Entwicklung zur Telearbeit mit dem Traum eines Vierstundentags verbunden, so ist heute eher der Alptraum eines Nullstundentags die Regel. Dies ist eine der markantesten Änderungen von

Leitbildern in der Diskussion um die Informationsgesellschaft. Fast ebenso deutlich hat sich das Leitbild des Telelernens von einer emanzipatorisch gemeinten Reform („besserer Unterricht“) hin zu einer eher reaktiven Maßnahme zum Ausgleich von Mängeln („Ersatzunterricht“) verschoben. Bei den Bürgernetzen steht nicht mehr das „mehr Demokratie wagen“ im Vordergrund, sondern eher der Wunsch, gewisse Minimalstandards einer politischen Bildung zu erhalten: Die Politik träumt oder befürchtet nicht mehr die immer weitergehende Partizipation des mündigen Bürgers, sie wäre schon zufrieden, wenn sich der Trend zur Wahlabstinenz (etwa Europawahl 13. Juni 1999, aber auch die Landtags- und Kommunalwahlen des Herbstes 1999) umkehren ließe.

In den unterschiedlichen gesellschaftlichen Lagern sind aber auch unübersehbar neue Konstellationen entstanden, die sich vor allem darin unterscheiden, mit welcher Intensität sich der Staat in die Gestaltung einer Informationsgesellschaft einschalten sollte. Nach dem überwiegenden Wegfall der Flügel des absoluten Laissez-faire und des staatswirtschaftlichen Interventionismus ist trotz gemilderter Gegensätze keine Harmonie in Sicht. Zuge-spitzt ausgedrückt, benutzen die einen den Begriff der Konvergenz in der Internetwelt als die Beschreibung eines Marktprozesses, den es lediglich mit Beeinflussung der Rahmenbedingungen zu zügeln gilt. Die anderen nehmen die Konvergenz der Technik als neuen Anlass, normative Entscheidungen herbeizuführen, deren Gestaltungstiefe durchaus ins betriebswirtschaftliche Detail geht. Zwischen diesen beiden Gruppen stehen zum Beispiel Politiker, die für beides stehen, so schizophren dies klingen mag. Es ist für einen ordentlichen Politiker kein Gegensatz mehr, heute das hohe Lied des Marktes, des Wettbewerbs, der Globalisierung und natürlich der Konvergenz zu singen, aber morgen durch knallharte Subventionierungen von Quadratmetern in Innovationszentren für den guten Zweck einer Gewerbeansiedlung dem Markt

ein Schnippchen zu schlagen.

Ich bekenne ganz offen, dass mir die Politiker am liebsten sind, die von vornherein keinen Zweifel daran lassen, dass Innovationspolitik eine Ausnahmepolitik sein muss, weil eben die alten probaten Mechanismen nicht mehr oder noch nicht greifen. Eher schwierig sind für mich Politiker, die jahrzehntlang erfolgreich das Bundespostmonopol bekämpft haben, und jetzt die Firma Microsoft als marktwirtschaftlich korrekten Idealtypus propagieren.

Die Konvergenz der Leitbilder, will heißen: das Abschleifen der markanten Ausrutscher, ist nun – bei aller Sympathie für Pragmatismus - nicht unbedingt als eine höhere Stufe rationaler Erkenntnis anzusehen, sondern in den meisten Fällen als eher resignatives Ausruhen auf einer niedrigeren Stufe. Die Informationsgesellschaft in Deutschland droht am Konsens zu ersticken. Die Suche nach begeisterten Kurzformeln von Leitbildern, besonders der Versuch, ein „Überleitbild“ zu konstruieren, gemahnt mittlerweile an das verkrampfte Abpressen von neuen Werbeslogans, die dann doch vom Publikum weggezappt werden. So streiten sich derzeit hochbegabte und kompetente Wissenschaftler in bitterbösen Briefen darüber, wer denn mehr vorgebliche Leerformeln produziere als der andere. Ein als „Informationstechnikfreak“ geltender Staatssekretär und ein als „Internet-euphoriker“ bekannter Abgeordneter streiten sich um die Definition des Internet 2, zur klammheimlichen Freude von zwanzig anderen Staatssekretären und sechshundert anderen Abgeordneten, die fest vorhaben, ihr Berufsleben noch ohne Interneteinsatz zu vollenden.

Dabei ist eines ganz sicher, nämlich dass die bodenständige Alltagsarbeit, das Weber'sche „geduldige Bohren dicker Bretter“ darunter leidet. Dies scheint mir ein spezifischer deutscher Beitrag – oder besser: Nicht-Beitrag – für die weltweite Entwicklung der Informati-

onsgesellschaft zu sein. Ein Blick über den Rhein, zum Beispiel mithilfe von www.premier-ministre.gouv.fr zeigt eine andere Welt. Dort gibt es weniger Auseinandersetzung darüber, ob man die zukünftige Gesellschaft nun Informationsgesellschaft oder Wissensgesellschaft nennen sollte, dafür kann man aber schon bald jedes öffentliche Formular der französischen Verwaltung aus dem Netz herunterladen und ausdrucken. Keine Diskussionen darüber, ob das Internet nun Kultur oder Unkultur ist, sondern engagierte Vorschläge, wie man das Kulturerbe der Grande Nation (dabei ganz besonders die Frankophonie) in einer vernetzten Welt ganz selbstverständlich bewahren kann.

Wahrscheinlich lassen sich demokratische Gesellschaften gar nicht konstruieren, schon gar nicht entlang von two-letter-words wie „digitale Ökonomie“, „vernetztes Bürgertum“ oder was die Phrasendreschmaschinen noch alles bereithalten. Gesellschaften entwickeln sich all-mählich aus der Summe von vielen Einzelanstrengungen, und sie entwickeln sich schneller, wenn die Ergebnisse dieser Einzelanstrengungen als „best practices“ in guter Kooperation ausgetauscht und übernommen werden. Statt der fruchtlosen, aber stilblütenumrankten Suche nach dem Mega-Schlagwort, das letztlich jedem Bürger als Leitbild für sein tägliches Handeln dienen soll, sind eher die einzelnen Teilbereiche zu optimieren, indem die „Sub-Leitbilder“ auf der Basis von normativen Vorschlägen präziser formuliert und damit praktisch verwertbar werden.

Wir können aus den vielen Jahren intensiver Analyse und Diskussion mit hinreichender Sicherheit sagen, dass die technische Entwicklung zunächst einmal für ein Überangebot an sub-optimalen Lösungen sorgt. Das Ausprobieren nach der Methode „Versuch und Irrtum“ ist teuer und kostet viel Zeit. So ist die Feststellung trivial, dass sich der Internetanschluss schneller verbreitet hat als zum Beispiel das Fernsehen, weniger trivial ist die

Feststellung, dass die Gewöhnung und der Umgang mit dem Internet ohne weiteres Zutun noch viele Jahrzehnte brauchen wird. „Leitbildlücken“ werden plötzlich deutlich: Was ist denn, wenn das leitbild-verdächtig exklamatorische „Schulen ans Netz!“ erreicht ist? Wie ändert sich Schule, wenn alle 44.000 deutschen Schulen vernetzt sein werden? Wollen wir den Ansatz der Amerikaner übernehmen, die auf diesem Gebiet ganz klar dem Leitbild folgen, dass eine total vernetzte Schulwelt mit dem Zugriff auf das komplette Schulwissen es möglich macht, zwei Drittel der Schüler, die ohnedies keine großartigen Berufschancen haben, auch ohne Lehrer zu unterrichten? Wollen wir wirklich weiterhin die Lehrer mit ausgestrecktem Arm in Computerkurse schicken, ihnen aber gleichzeitig verwehren, private PCs zuhause für schulische Zwecke einzusetzen, weil Ihnen beim Zensurengeben jemand über die Schulter schauen könnte?

Oder nehmen wir die virtuelle Universität, die zunehmend als Chance für die überfüllten Hochschulen gesehen wird: Beschleunigen und verbessern wir das Studium, wenn Massen-Vorlesungen per Video dezentralisiert werden oder helfen wir besser dadurch, dass wir den identifizierten Engpass „Prüfungskapazität“ – vielleicht mit technischer Hilfe – abmildern? Wollen wir weiterhin das Gesangbuch von der „bürgerfreundlichen Verwaltung“ absingen, anstatt die Bürger dafür kompetent zu machen, dass sie mithelfen können, ihre Verwaltungs-Dienstleistungen finanziell erschwinglich zu halten?

Schon Antwortversuche auf diese Fragen machen deutlich: Überall sind neben den technischen auch eben andere Innovationen erforderlich, denn technische Innovationen ohne soziale bzw. organisatorische Innovationen führen über kurz oder lang zu Akzeptanzproblemen. Innovation ist ein Prozess, der unzweifelhaft durch parallele Leitbilddiskussionen optimiert werden kann, aber leider ist sozialer bzw. organisatorischer Innovationsdruck nicht

automatisch mit der technischen und wirtschaftlichen Entwicklung gekoppelt. Abhilfe ist nur zu erwarten, wenn es eine Konvergenz für ein paar schmerzhaft Wahrheiten gibt. So ist der Markt mit seinen Mechanismen von Angebot und Nachfrage (bzw. umgekehrt) der beste Suchmechanismus, dies ist wahr. Aber für drängende gesellschaftspolitische Probleme ist der Marktmechanismus oft zu langsam, manchmal funktioniert er auch gar nicht, wie in der Ökologie. Daraus folgt mehreres: Einmal ist die Wirtschaft der Informationsgesellschaft natürlich eine Marktwirtschaft, was denn sonst. Aber im Hinblick auf den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen – unser gesellschaftliches Problem Nummer Eins – kommen wir um Interventionen nicht herum. Arbeitsmarktpolitik muss wieder mehr werden als die Diskussion um die aktuelle Finanzierbarkeit von ABM-Massnahmen. Eingriffe in den (stets komplizierten) Markt sind in einer freien Gesellschaft jedoch zu Recht immer begründungspflichtig, und mir ist keine andere tragfähige Begründung bekannt als die temporäre Notwendigkeit einer Innovationspolitik gerade für die Anwendungen des Internet im Zuge von e-commerce und e-ministration. Die vernetzten Strukturen der Zukunft sind allein schon aus Finanzgründen kooperative Strukturen. Bestes Beispiel für verspielte „economies of scale“ ist der Versuch Hunderter von Kommunen, durch die 37. Erfindung des Rads (sprich: durch die wirklich ultimative Website) aus den nie enden wollenden Tagesnöten herauszukommen. Was tun wir anderen dafür? Richtig, wir schicken die Kommunen in Wettbewerbe und bepreisen die besten mit Steuergeld, haben aber keine Ressourcen dafür, den Erkenntnisgewinn an die Verlierer zu transferieren. Der Wettbewerb ist kein Selbstzweck, sondern muss durch Kooperation ausbalanciert werden. Die Zielstellung für die Kommunen ist vom Gemeindebund zutreffend beschrieben worden als „Nicht Bürgermeister im Netz, sondern Bürgermeister ans Netz“.

Auch in der Wirtschaft gilt die Regel vom

nachhinkenden sozial-organisatorischen Innovationspotential. Außerhalb von „boomeden“ Wachstumsmärkten mit ihrem Ressourcenüberfluss führt Wettbewerb nämlich oft zu „Spiegelfechtereien“. Vor einiger Zeit hatte ich das Vergnügen, an einer Preisverleihung an besonders ausgezeichnete und innovative Unternehmen beizuwohnen. Meine ehrliche Freude über die innovativen Jungunternehmer wurde lediglich dadurch getrübt, dass sich alle Preisträger beim Auslober des Wettbewerbs dafür bedankten, durch den Zeitdruck der Einreichungsfrist in Nachschichten den ersten Business Plan „mit einer tollen Leistung der Mannschaft“ erstellt haben zu können. Da musste man sich natürlich fragen, wie diese Unternehmen ihren Erfolg in den ersten Jahren ihres Bestehens auch ohne Business Plan finden wollten. No risk, no fun? Kein Zweifel: Ideenwettbewerb ist immer un-abdingbar, aber er macht nur Sinn, wenn bei der anschließenden Umsetzung gemeinsam gelernt werden kann.

Am Schluss von Referaten über die Informationsgesellschaft muss zwingend eine konkrete Aussage stehen, welche nächste Schritte denn nun tatsächlich anstehen. Ohne eine solche Aussage kommt es erfahrungsgemäß zu Auswüchsen der Nachfragen in der Pause. Deswegen will ich einige plausibilitätsheischende Punkte an den Schluss stellen.

□ Die Informationsgesellschaft ist kein Selbstläufer, zumindest nicht für die Ungeulidigen. Es muss und kann an ihrer Entwicklung professionell gearbeitet werden. Die Konvergenz der Leitbilder – also das temporäre Wegfallen von eher fundamentalen Seinsfragen – erhöht die Chancen auf zügige und dennoch offene normative Entscheidungsprozesse.

□ Es gilt zunächst mit eigenständigen Budgets die Diskussion als solche zu ordnen und im Sinne eines Synergieeffekts fruchtbarer zu machen. So überschaubar diese Budgets auch sein mögen, sie sind nur mit dem nun wirklich nicht mehr sprudelnden öffentlichem Geld

darstellbar, die Sponsorenmodelle sind zu schwach. Der Löwenanteil dieser zusätzlichen Budgets sollte nicht in die Bewirtungskosten von „Edel-Events“ gehen, sondern in die inhaltlich-methodische Indianerarbeit.

□ Die technisch induzierte Konvergenz der Netze kann und sollte aktueller Anlass für eine beschleunigte und intensivere Auseinandersetzung mit den altbekannten Fragen der menschenwürdigen Organisation von Gesellschaften sein, nicht ein Substitut dafür. Diese Diskussion ist Aufgabe aller Gruppen, nicht allein der Informationsgesellschaftler. Die Beherrschung eines Internet-Browsers ist – entgegen mancher vollmundigen Prahlerei innerhalb der „Buchwissenschaften“ - zwar keine Zugangsbedingung für die Diskussion, aber Diskutanten, die nicht mehr wissen wollen, was das Internet eigentlich ist, verstandständigen sich in der gesellschaftspolitischen Diskussion.

□ Die Suche nach dem verschlagworteten Mega-Leitbild ist zunächst aufzugeben, dafür müssen die Sub-Leitbilder auf soliden Boden - ohne Schwärmerei einerseits und Bedenkenträgerei andererseits - gestellt werden. Die „vernetzte Gesellschaft“ als Mega-Leitbild taugt nur für Sonntagsreden, die Woche über sollten Sub-Schlagwörter wie „electronic commerce“ („e-commerce“) der anwendenden Wirtschaft oder electronic administration („e-ministration“) geeignet sein, den (schnellen) Takt vorzugeben.

□ Im Regierungshandeln braucht die Informationsgesellschaft ein stabiles, nicht unterkritisches Querschnittsbudget, das nicht zwischen Ressortmahlsteinen in kleinste zu verteilende Münzeinheiten zerrieben werden kann.

□ Der große und kompetente Expertenpool unseres Landes (tatsächlich: größer und besser als in jedem anderen Land) muss wieder dahin kommen dürfen, einzelne Projekte für gut und andere für schlecht zu halten, anstatt alles (auch jeden erkennbaren Unsinn) für gut, beifalls- und förderwürdig zu finden, nur weil das Projekt dem hehren Ziel der Informationsgesellschaft dient.

Die latente Konvergenzitis der Informationsgesellschaft scheint heilbar zu sein, wenn präzise und konstruktiv analysiert und diskutiert wird, wenn ein paar schmerzliche Wahrheiten über die Euphemismen siegen, und wenn schließlich eine Art kooperative Bescheidenheit bei steigendem Mitgestaltungswunsch am Ende steht.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Nahrung und Informations- technik - Globale Netzwerke für die

Einleitung

Vorträge zu Anlässen wie dem heutigen fallen in die Kategorie „Festvorträge“. Neben den unausgesprochenen Zielen des Veranstalters, zu denen ohne Zweifel auch der Härtestest für die Teilnehmer gehört, ob sie denn mitten in einem harten Tagungstag eine dreiviertel Stunde konzentriert zuhören können, um vor sich und anderen das anschließende Essen zu verdienen, gibt es einen ausgeprägten Wettkampf zwischen Redner und Publikum. Das Publikum erwartet von so einer Rede, dass ihm wohlige Schauer geboten werden, also das faktenuntermauerte Aufzeigen von Problemen oder wenigstens denkbaren Problemen, damit es etwas schaurig wird, sowie das Aufzeigen von Problemlösungswegen, damit es einem wieder wohlig ums Herz wird. Das vom Redner inhaltlich Gebotene soll beim Abendessen zu munteren Gesprächen am Tisch führen. Die einen am Tisch müssen sagen können „der Redner hatte vollkommen Recht“, die anderen müssen sagen können „der Redner liegt vollkommen falsch“, damit beim Dessert der höchste am Tisch befindliche Hierarch salomonisch feststellen kann „er hat einerseits völlig Recht und andererseits irrt er gewaltig“. Dann aber muss es genug sein, spätestens auf dem Nachhauseweg am Abend will das Publikum nichts mehr von Problemen und Lösungen wissen, sondern seine Ruhe und seinen Spaß haben. Wen letzterer schon nicht zuhause erwartet, der besorgt ihn sich eben irgendwie auf dem Nachhauseweg.

Diese Spielregeln werden von Rednern meist vollkommen eingehalten, bis auf einen Punkt: Aus sportlichem Ehrgeiz versuchen sie, ihre Gedanken, Argumente, Meinungen oder auch nur die Formulierungen über den Nachhauseweg des Publikums zu konservieren. So träumt der typische Sonntagsredner, dass die anderen (und vielleicht sogar er selbst) noch

Informationsgesellschaft

mindestens bis Mittwoch seine Ratschläge womöglich beherzigen oder wenigstens seine Meinung teilen. Bitte denken Sie auf dem heutigen Nachhauseweg daran.

Bäcker sind der Qualität verpflichtet

In der Ständegesellschaft des Mittelalters waren die Bäcker einer der angesehenen Stände, was das Bäckerwappen mit seinen Löwen und den über einer Brezel gekreuzten Schwertern bis heute bezeugt. Die Schwerter hatten nun nichts mit der Härte des Backwerks zu tun. Vielmehr gehörten die Bäcker zum „Fechtstand“, also zu denen, die Ehrenhändel untereinander auch mit Schwertern austragen durften. Alles Ansehen half aber dem Bäcker nichts, wenn er gegen Vorschriften der Zunft verstieß, er wurde – etwa im Fall zu kleiner Brötchen mit „Wippen“ bestraft, das heißt, er wurde festgebunden auf einer Wippe ins Wasser getaucht, entweder in den Brunnen oder in schweren Fällen auch mal in die Güllegrube. Jedem heutigen Bäcker muss dies ein wohliges Schaudern bereiten, denn bekanntlich spielt bei den heutigen Brötchen nicht mehr das vorgeschriebene Gewicht die Hauptrolle, sondern die aufgewendete teure Arbeitszeit, weswegen heute kleine Partybrötchen mehr kosten als die Semmel aus der Supermarkttüte. Zu kleine Brötchen sind also keine Gefahr mehr für den Berufsstand. Ein schönes Gefühl, kein Grund mehr für Gänsehaut.

Ganz aktuell gibt es noch mehr Gründe für die Bäcker, sich nicht zu gruseln. Man kann als Bäcker heute schon einmal einen Nachbarschaftsbesuch beim Metzger machen und den Handwerkerkollegen tröstend auf die Schulter klopfen: „Sobald sich die Leute wegen BSE MKS und Antibiotika im Fleisch beruhigt haben, werden wir Bäcker euch solidarisch helfen und sofort auch wieder Schinken-

Croissants herstellen“. Und auf die etwas spitze Bemerkung des Metzgers, ob denn alles bekannt sei, was im Brot drin sein kann, darf jeder Bäcker seelenruhig kontern. Derzeit dürfen in Europa rund 150 verschiedene Backmittelzusätze, Chemikalien, Enzyme oder sonstige Wirkstoffe im Brot sein, da bleibt tatsächlich kaum etwas Unbekanntes, das im Brot sein könnte. Zumindest nichts Feststellbares. Und gegen Antibiotika haben Bäcker ohnedies nichts, weil mit deren Hilfe immerhin das viele Jahrhunderte alte Bäckerasthma eingedämmt wurde, das schließlich schon auftrat, als es noch gar keine Zusatzmittel gab.

Zwei neue Umstände stören die Idylle. Zum einen kommen jetzt auch aus den USA eindeutige Marktsignale, die mit dem Stichwort „Gen-Mais“ in Europa schon längst bekannt und gefürchtet sind. Gentechnisch veränderte Maissorten werden von den Kunden zunehmend abgelehnt, wenn sie in die Nahrungskette des Menschen geraten. Da muss man gar nicht darüber streiten, ob der Gen-Mais nun gefährlich ist oder nicht. Der Markt ist weise, und wie viele Weise ist er blind und taub. Der Markt reagiert nicht auf Fakten, sondern auf Empfindungen der Marktteilnehmer oder deren Freunden und Nachbarn. Und auf den Käufer ist Verlass, wie die Amerikaner gerade feststellen. Der gar nicht ängstliche amerikanische Kunde sagt: „Ich glaube überhaupt nicht an irgendwelche negativen Wirkungen von gentechnisch veränderten Produkten, ich kaufe sie lediglich nicht“.

Das ist einer der beiden die Idylle auch der Bäcker störenden Umstände. Der andere hässliche Umstand ist, dass die Verwendung von Gen-Mais seit kurzer Zeit eindeutig bis ins Brötchen nachweisbar ist. Schlimmer noch: Das Genom dieser Maissorten kann – ich überspringe diskret einige Etappen beim Kunden – sogar noch im Abwasser nachgewiesen werden. Halb so wild, möchte man meinen, dem Maismehl kann man als Bäcker aus dem Weg gehen, wenn man nicht gerade Italiener ist. Aber wissen eigentlich alle Bä-

cker, dass sie in den Treibmitteln Enzyme wie z.B. Amylasen verwenden? Enzyme werden, weil sie in der Natur recht selten sind, aus speziellen, auf hohe Erträge gezüchteten Bakterien, Hefen oder Schimmelpilzen gewonnen. Zunehmend sind diese Mikroorganismen gentechnisch verändert. Und welcher Bäcker kommt schon ohne Treibmittel aus? So schnell und so plötzlich steht dem Bäcker in einer vernetzten Welt wieder die gruselige Güllegrube des Mittelalters vor Augen.

Der Markt braucht in seiner Weisheit keine Erläuterungen. Er kennt keine Ökologen und keine Gesundheitsapostel, er kennt keine Ängstlichen und keine Vorsichtigen, keine Kühnen und keine Fatalisten. Er kennt nur Subjekte, die kaufen und verkaufen. Und wenn Kunden nicht kaufen, kennt der Markt sie nicht, nur die anderen Marktteilnehmer könnten ihr Fehlen schnell unangenehm bemerken. Beispiel: Wild und Pilze haben vom 26. April 1986 bis mindestens zum 26. April 1986 viele Nicht-Marktteilnehmer. Danach wird sich der Markt etwas beruhigen, weil die Menschen glauben, dass nach Ablauf der Halbwertszeit der Tschernobyl-Isotopen (zehntausend Jahre) keine Gefahr mehr besteht. Aber bis dahin tröstet es wenig, dass nur in der Ukraine und Weißrussland die Menschen richtigen Blutkrebs bekommen, alle anderen nur ein bisschen. In der BSE-Krise ist der Rindfleischmarkt zeitweise bis zu 50 % zusammen gebrochen, aber die Bauern und die Metzger können Kompensationen erwarten, die von Lamm, Schwein und auch dem Straußenfleisch stammen. Für tote Rinder gibt es notfalls zweimal Geld: Einmal wegen BSE und zum zweiten wegen MKS. Und weniger ängstliche (oder hungrigere?) Nordkoreaner wollen auch das essen, was wir hier nicht mehr essen, obwohl wir überzeugt sind, dass nichts Bedenkliches dabei wäre. Wir würden ja niemals den Nordkoreanern oder Russen etwas verkaufen, von dem wir annehmen, es sei irgendwie gesundheitsbedenklich.

Man stelle sich nur einmal vor, das Mehl wäre

von einer solchen Katastrophe betroffen – wo sollten da die Kompensationen für die Bäcker herkommen? Aber glücklicherweise ist das Mehl nicht betroffen, sondern nur der Mais. Und das Soja. Und die Erdnüsse. Und das Treibmittel. Und die Enzyme. Und was weiß ich. Jetzt steht man als Bäcker – vom Handwerksbetrieb bis zum Backindustriellen – gleichermaßen vor einem Informationsscherbenhaufen, in dem man nicht einmal mehr eine Stricknadel zu finden vermag. Der unbeschwerter Nachhauseweg nach Informationsveranstaltungen ist ernsthaft in Gefahr, bei manchem auch der bäckertypisch kurze Nachtschlaf.

Meine Absicht war in den letzten Minuten, ganz unauffällig die Information ins Spiel zu bringen. Es ist ja schon heute das „globale Dorf“ Marshall MacLuhans, des kanadischen Visionärs der sechziger Jahre, längst Wirklichkeit. Wir müssen uns mit einer der Grundsäulen der Informationsgesellschaft beschäftigen, nämlich mit der Tatsache, dass sich Informationen zwar nicht erst seit heute auf der ganzen Welt verbreiten, aber – und das ist neu – prinzipiell schlagartig. Die Salmonellenerkrankung japanischer Schüler in Tokio erfahren wir aktuell im Frühstückfernsehen – oft vor dem Frühstück, das dann statistisch meist nur aus schwarzem Kaffee besteht.

Aber auch Beruhigendes hat die unmittelbare Information: In der Woche nach Ostern habe ich über Satellitenfernsehen in Südfrankreich erfahren, dass in Deutschland wegen des schlechten Wetters wahrscheinlich eine Weizenernte ausfällt. Keinen Moment habe ich mir Sorgen um die Brotversorgung gemacht, weil eben das Wetter anderswo in Europa nicht so schlecht war und wir eben das Mehl von dort bekommen werden. Es wird oft übersehen, dass die Globalisierung auch ihre guten Seiten hat. Ins Grübeln kam ich nur wegen eines knüppel-harten Baguette vom Vortag, das ich aus Deutschland nicht gewohnt bin: Was, so fragte ich mich, tun die

Franzosen in ihr Baguette nicht hinein, damit man im Urlaub jeden Morgen zum Bäcker muss?

Die globale Information ist längst da

Seit vielen Jahrzehnten wird das Heraufkommen der Informationsgesellschaft prophezeit, seit einigen Jahren unternehmen Staaten und Organisationen auch weit ausgreifende Schritte, um schneller dorthin zu kommen. „Medien-Information“ ist aber seit 20 Jahren zum modischen Zauberwort geworden, obwohl es das Radio schon seit 80, das Fernsehen seit 40 Jahren gibt. Stets unterschätzt wurde das über 100 Jahre alte Medium Telefon, dessen Brisanz mit seinen Millionen Sendern und Empfängern eigentlich nur die Diktaturen kennen sollten, das sich aber auch bei den Schlapphüten anderswo großer Beliebtheit erfreut. Das gute alte Telefon (hier gibt es den besser klingenden englischen Fach-Ausdruck POTS – Plain Old Telephone System) war ist und bleibt die Buschtrommel der modernen Industriegesellschaft. Es passiert kaum noch etwas, ohne dass die Telefonaktivitäten unmittelbar anschwellen. Gut, sie schwellen auch an, wenn nichts passiert, das weiß jeder, der halbwüchsige Kinder zuhause hat. Das Telefonat mit den beiden Eingangsfloßkeln „Hallo ich bin’s“ und „Hast Du schon gehört?“ ist – das wissen wenige – ein Nachbarschaftsmedium in einem Kilometer Umkreis. Es macht ja auch keinen Sinn, der Tante im fernen Hamburg zu erzählen, dass es hier im Supermarkt an der Ecke ein Sonderangebot gibt. Es sei denn, man hat Sonntags einen gebührenfreien Tarif, da werden der Tante noch ganz andere Dinge erzählt. Wir haben im Schwabenlände erste psychotherapieträchtige Fälle von Einzelnen, die verzweifelt vor dem Telefon sitzen und niemanden mehr wissen, den sie – es wäre ja kostenlos! - anrufen und mit dem „Hallo ich bin’s und dem „Hast Du schon gehört“ zu erfreuen. Aber das Medium Telefon ist ein flüchtiges Medium. Daran ändern auch die Anrufbeantworter nichts, die eh die meisten nicht mehr abhören. Diese Flücht-

tigkeit der Information ändert sich gerade gewaltig.

Denn jetzt kommt ein neues Informationsmedium hinzu: Das Internet. Suchen Sie einmal im Buchladen ein Buch über Backmittelzusätze. Setzen Sie sich vor den Fernseher und warten Sie auf einen Bericht darüber. Versuchen Sie, die Gespräche in der S-Bahn auf dieses Stichwort mitzuhören. Sie werden sehr lange suchen oder warten müssen. Und dann geben Sie das Stichwort in eine beliebige Suchmaschine im Internet ein. Das geht sehr einfach, wenn man Kinder oder Enkel über 6 Jahre greifbar hat, ansonsten hilft eine halbe Stunde Gebrauchsanweisung lesen. Nach wenigen Sekunden ist Ihr Bildschirm voller Fundstellen. Geben Sie es auf englisch ein, und Ihr PC wird laut aufstöhnen ob der Masse der Textstellen, die sich mit diesen Themen beschäftigen. Sie finden es im vorbildlichen Internetportal der österreichischen Bäcker, wobei der kleine Zusatz „in Überarbeitung“ bei den spannendsten Schlagwörtern nur wenig stört. Sie finden es in seriösen wissenschaftlichen Wälzern, die „im Netz“ stehen, aber auch in den elektronischen Tagebüchern, mit denen sich vereinsamte Esoteriker ihre Befindlichkeit von der Seele schreiben. Und natürlich stellen auch die üblichen drei „S-Typen“ – Spinner, Sektierer und Sonderlinge – jedem diesen Einblick in ihrer Gemütslage online zur Verfügung.

Was bedeutet dies für uns? Die Chaostheorie hat uns gelehrt, dass ein Wirbelsturm durch den Schlag eines Schmetterlingsflügels ausgelöst werden kann. Wenn es denn stimmt, dass im Internet ein Informationschaos herrscht, dann heißt es auch hier, dass eine falsch verstandene Textstelle blitzschnell und schlagartig auf der ganzen Welt einen Informationswirbelsturm auslösen kann. Die „New Economy“ (das sind die Firmen, deren Aktien auch von braven Bäckern gekauft wurden, die sich gegen rückgehende Alterssicherungen wehren wollten) hat dies nicht erst in den letzten 12 Monaten bewiesen. Früher, in der

wirklich richtig guten alten Zeit, wurden Gerüchte auch auf der ganzen Welt verbreitet. Aber das dauerte so lange, dass sich die Gerüchte – nach dem Muster der „stillen Botschaft“ – in Mythen, Sagen und Märchen verwandelten, also in sozial nützliche Informationen, mit denen man erfolgreich die Kinder ängstigen konnte, um endlich mal ein wenig Ruhe zu haben.

Heute schafft es ein Gerücht nicht mehr bis zur Sage oder gar zum Märchen. Begünstigt vor allem durch den ruinösen Wettbewerb unter den Medien, transformiert es sich zur Schlagzeile in Massenblättern, aber auch in Intellektuellen-Postillen. Was heute überwiegend die Politiker und die Showstars betrifft, trifft auch zunehmend Firmen und Branchen, es trifft die ganze Wirtschaft und den einzelnen Handwerker. Da gibt es für den Betroffenen kein Entkommen. Wenn er dreimal eine Schlagzeile eines Blattes hintereinander ignoriert, heißt es am vierten Tag in vielen Medien, dass er jetzt „zunehmend unter Druck“ geraten sei. Und das fordert Konsequenzen. Unter Verlegern gibt es den Merkspruch, dass auch eine schlechte Rezension, ja ein „Verriß“ zu einer Erhöhung des Verkaufs führt. In allen anderen Branchen aber leidet der Verkauf, wenn so eine „Tatarenparole“ die Runde macht. Der Trockenei-Skandal der 80er Jahre, der aus der heutigen Sicht keiner war, hat die deutsche Fertignudel für 1,99 belastet und die italienische Nudelmaschine für 299 Mark begünstigt. Was war ich froh, als endlich Edel-Nudeln für über zehn Mark das Pfund in den Läden auftauchten und ich mir nach ein paar Wochen nicht mehr die zeitraubende Kurbelei in der Küche antun musste. Nach fünf Jahren war ich übrigens wieder bei 1,99.

Noch einmal: der Verbraucher bekennt sich nicht zu seiner Angst, er will oft gar keine Aufklärung, er will schon gar keine Aufdrucke wie „kein Risiko“. Er will eigentlich nichts wissen. Aber wenn er etwas Negatives über ein Produkt erfährt, will er es gar nicht erfahren haben, sondern einfach das Produkt

nicht mehr kaufen. Das ist bei uns nicht anders als in den USA.

Mir geht das genau so: Ich konsumiere weiterhin Rindfleisch und würde sogar eine Markklößchensuppe nicht stehen lassen, wenn nicht gerade auf der Dose geschrieben steht „garantiert BSE-frei“. Die gekörnte Brühe von Maggi, auf der jetzt steht, dass jedes Körnchen von „Weiderindern Argentiniens und Brasiliens stammt“, stimmt mich eher heiter. Aber ob ich jemals wieder meine ehemals geliebte getrüffel Kalbsleberwurst kaufen werde, weiß ich nicht. Denn ich fühle mich auch von meinen Edel-Metzgern betrogen, die allesamt auch in die teuerste Wurst die billigsten Abfälle, aber auch teures Kalbshirn mischten. Offen gestanden ist das auch getroffene Eitelkeit, weil ich es am Geschmack niemals bemerkt habe. Wahrscheinlich waren die Trüffel auch nicht echt.

Das wirklich bedeutsame an diesem BSE-Skandal ist, dass das Verbraucherministerium und die Verbände nichts anderes tun können, als letztlich über den „preisbewussten Verbraucher“ zu klagen, denn Qualität koste eben mehr Geld. Aber gleichzeitig wird eingeräumt, dass auch all denen, die bislang schon freudig höhere Preise zahlten (aus Öko- oder Statusgründen) der höhere Kaufpreis nichts genutzt hat. Wer wird also ohne weiteres glauben, dass höhere Preise höhere Qualität garantieren? Hier wird ein mühsamer Vertrauensaufbau notwendig sein. Aber Vertrauen entsteht nur in Kommunikationsprozessen, diese Kommunikationsprozesse wiederum bringen notwendiger Weise neue Informationen hervor, die nicht mehr bildzeitungsgeeignet sind.

Und wenn ich dann im Internet lese (www.zusatzstoffe.de): „Mit mykotoxinbildenden Pilzen infiziert sind vor allem Erdnüsse und Pistazien, Aprikosen- und Pfirsichkerne, Mohn, Sesam oder Getreide. Der Anteil befallener Pflanzen ist in der Regel gering: Man geht davon aus, dass sich etwa

unter 10.000 Erdnüssen durchschnittlich eine kontaminierte Nuss befindet. Von größerer Bedeutung für die Mykotoxin-Belastung ist der Schimmelbefall von Obst, Käse, Back- und Fleischwaren im Haushalt. Verschimmelte Lebensmittel sollten nicht mehr verzehrt werden. Die meisten Mykotoxine, vor allem die krebserregenden Aflatoxine, werden durch hohe Temperaturen beim Backen oder Kochen nicht zerstört“, dann bin ich plötzlich in der Überzeugung bestärkt, dass ich mit meiner vor Schreck rasch angezündeten Zigarette Virginias Natur pur inhaliere.

Die Nahrungsmittelkette – und dies ist ein Merkpunkt für den Nachhauseweg – ist durch Information, und zwar durch die sofortige globale Information, brüchiger und damit angreifbarer geworden. Experten rechnen kühl vor, dass der erste BSE-Fall in Argentinien unmittelbar zum Antrag auf EU-Importstopp führen wird. Nein, nicht sofort, aber spätestens nach der dritten Schlagzeile, wenn die Tagesschau meldet, dass das argentinische Rind „unter Druck geraten“ ist und Sabine Christiansen darüber diskutieren lässt. Von daher ist es verständlich, dass die Argentinier, die pro Rindvieh eine Hektar Weideland haben, nicht einmal Tests zulassen wollen. Unverständlich ist mir, wie sie dies durchhalten wollen, weil mit hoher Plausibilität zu viele Interessierte in einer global verflochtenen Wirtschaft endlich den ersten argentinischen BSE-Fall ersehnen. Was aber drückt dann Maggi auf seine gekörnte Brühe?

Und die Bäcker sollten keine klammheimliche Freude über das Fleischerhandwerk aufkommen lassen, es kommen tatsächlich neue Risiken auf sie zu, die alle mit „Information“ zu tun haben.

Der geänderte Umgang mit dem Risiko

Es ist eine Beobachtung, die jeder selbst machen kann: In unseren Gesellschaften steigt durchaus die Bereitschaft, ein höheres persönliches Risiko einzugehen. Auch wenn nicht

die Mehrheit nach dem Motto „no risk no fun“ lebt, so entdecken die Menschen beispielsweise immer mehr „Risikosportarten“ – vom Freiklettern über das Drachenfliegen bis hin zum „Crocodile Teasing“ (das Necken von Krokodilen als Urlaubsspaß). Die Versicherungen kommen mit den aktuellen Risikoberechnungen kaum noch nach und überlassen das höhere Risiko der Solidargemeinschaft der Versicherten. Denn Risikofreude ist dann erst vollkommen, wenn sie gegen Ausfall durch Beinbruch gut versichert ist. Jeder Skifahrer weiß ungefähr, was eine abgesperrte Piste bedeutet, aber exakt fällt es ihm erst als Lawinopfer wieder ein, wenn ihm überhaupt noch etwas einfällt.

Was heißt das für einen Einzelhändler, etwa einen Bäcker? Es heißt nicht mehr und nicht weniger, als dass der Kunde am Tresen nichts, aber auch gar nichts über Risiken wissen will. Er will beim Brötchenkaufen eben keine Beratung über Allergien oder auch nur über Kohlehydrate, er will Brötchen. Er weiß aber einiges über Allergien oder Kohlehydrate. Noch weiß er nichts über Aflatoxine. Die Psychologen kennen diese Verdrängung von „kognitiven Dissonanzen“ gut. Das alles funktioniert so lange, bis etwas mit der Nahrung passiert oder wenigstens bekannt wird. Dann klagen auch treueste Kunden schlagartig gegen den möglichen Verursacher, und das beginnt beim letzten bekannten Punkt, und das ist der Einzelhändler. Dessen gesamte Zuliefererkette interessiert nicht, und wenn doch, kann man sich in der Allgemeinheit noch die Bauern vorstellen. Also sind Anfang und Ende der Wertschöpfungskette – Bauern und Einzelhändler – besonders durch diese neuen Risiken der Entdeckung neuer Zusammenhänge gefährdet. Und es waren Metzger und Bauern, die sich bei BSE in ihre Lieferwagen und Traktoren warfen, als Vertreter der Bundesregierung der „industriellen Landwirtschaft“ und der „Agrarchemie“ Vorwürfe machten. Die eigentlich angesprochenen Firmen der Chemie- und Pharmabranche schwiegen erfolgreich still.

In der Globalisierung kommt zu diesem geschilderten Verbraucherverhalten, demzufolge eine Risikoinformation erst im Falle des Schadenseintritts interessiert, eine importierte Verstärkung. Alle modischen Importe kommen meist aus den USA, und ein Import, der wenig auffällt, ist der Import des amerikanischen Rechtsverständnisses und des Verbraucherverhaltens. Man kennt aus den Schlagzeilen die großen Entschädigungssummen, die in den USA auf zivilrechtlichem Weg eingeklagt werden. Geht es in Deutschland – etwa bei einer verpfuschten Urlaubsreise – um einen Nachlass des Preises in Prozenten, wird in den USA gleich das Vielfache des Reisepreises als Streitwert festgesetzt. Verbraucherpolitik hat seit den sechziger Jahren einen festen Stellenwert bekommen. Von der Kampagne Ralph Naders, des berühmten Verbrauchersanwalts, gegen Volkswagen unter dem Motto „Unsafe at any Speed“ hat sich VW jahrzehntelang nicht erholt. Und wenn Sie heute in Ihrem Audi beim Einlegen der Automatik auf die Bremse drücken müssen, dann hatte das einen Präzedenzfall in den USA als Ursache. Mich wundert immer, dass über die angeblich „technikängstlichen Deutschen“ diskutiert wird, wenn ich doch auf einer US-Plastiktüte lese: „Sie können in Lebensgefahr kommen, wenn Sie diese Tüte über den Kopf ziehen und am Hals zusammenbinden“. Oder suchen Sie mal auf der Type-605-Tüte einen Hinweis darauf, dass man auch zuhause mit ein wenig Geschick eine prächtige Mehlstaubexplosion verursachen kann.

Aber so, wie die Menschen hier von den Amerikanern gelernt haben, dass man nach großen Unglücksfällen im Verbund mit guten Anwälten Entschädigungen in Millionenhöhe bekommen kann, so werden sie auch nach und nach die anderen geschilderten Verbraucherverhaltensweisen übernehmen. Nun braucht die Bäckerei keine Sorge wegen Plastiktüten zu haben, solange die Papiertüte dominiert. Auch wird es in absehbarer Zeit kein Warnschild in der Bäckerei-Konditorei geben,

dass schon der Genuss von zwei Sahnetorten pro Tag eine erhebliche Gesundheitsgefährdung bedeutet.

Aber schon in wenigen Jahren wird ein Hinweisschild auf „mit Qualitätssiegel kontrollierte Lieferanten“ absolut obligatorisch sein. Das Schild braucht aber gar nicht im Verkaufsraum unübersehbar angebracht zu sein, die Kunden werden es auf jeden Fall dann voraussetzen, wenn etwas passiert. Bis dahin interessiert sie wie gesagt nichts außer dem Preis-Leistungsverhältnis.

Was nun Preis und Leistung betrifft, so habe ich Samstagmorgens zwei Beispiele direkt vor Augen, wo der Preis überhaupt keine Rolle spielt, weil die Produktqualität überzeugt. Schräg gegenüber von uns ein schönes Eckgeschäft, sogar mit Bistrotischen und Snackangeboten, aber meist leer. Das ist die Filiale eines Großbäckers (ich weiß nicht einmal, von welchem und bin auch viel zu faul, jetzt beim Schreiben aus dem Fenster zu sehen). 150 Meter weiter ist ein relativ kleiner Bäckerladen, eingequetscht zwischen anderen Läden. Davor eine Schlange von bis zu 30 Minuten - bei jedem Wetter. Autos (selbst für Stuttgarter Verhältnisse viele Porsches) davor in der dritten und vierten Reihe geparkt, dazwischen auch schon mal ein Polizeiauto, denn auch Stuttgarter Polizisten setzen gute Brötchen und Brezeln über das Interesse an der Durchsetzung der Straßenverkehrsordnung. Wir haben uns damit natürlich einen Spaß gemacht, wenn Verwandte aus DDR oder Südamerika kamen: Ja, wir müssen in Stuttgart sehr lange Schlange stehen für das tägliche Brot. Leider ist dieser Erfolg keine Garantie und auch kein Muster für die Zukunft. Die Kinder waren immer in einem Konflikt, weil sie natürlich nicht Schlange stehen wollen und arrangierten sich mit Kellog-Smacks aus dem Supermarkt. Und außerdem muss man ja Samstag beim Aufstehen nicht frühstücken, es gibt ja bald Abendessen.

Sie haben sich ja im letzten November in Ba-

den-Baden in Bezug auf das Jugendmarketing eine beeindruckende Studie von Brigitte Melzer-Lena vortragen lassen. Darin hat zu Recht das Internet noch keine Rolle gespielt, auch die geschilderte Risikokommunikation nicht. In spätestens drei Jahren werden Sie in einer hoffentlich durchgeführten Neufassung der Studie auch diese Fragen und Themen finden. Dies ist keine Klage über die Convenience-Food-Jugend, sondern eine ganz einfache Extrapolation der bisherigen Übernahmen von Kultur-Techniken und Technikkulturen. Es ist eine Tatsache, dass neben den direkten Interessen für die künftigen Internetberufe auch andere Berufsbilder einen gehörigen Aufschwung haben. So stieg die Zahl der niedergelassenen Anwälte von 1998 mit 88.000 auf 104.000 im Jahr 2000. Ein internationaler Telekommunikationsexperte sprach vor wenigen Wochen in Bonn von einem „Vollbeschäftigungsprogramm für Anwälte“ als unmittelbare Folge der Globalisierung der Telekommunikationsmärkte.

Ohne Zweifel sind wir auf einem Marsch in die Informationsgesellschaft, aber wie jede getaufte Gesellschaft ist ihr Muster nicht ausschließlich auf ein Schlagwort zurückzuführen. Die Risikogesellschaft von Ulrich Beck, dem Münchner Soziologen, entwickelt sich unabhängig, wenngleich stark angefeuert durch die Mediengesellschaft.

Sie werden es überwiegend mit einem Kundentypus zu tun haben, der nichts und alles zugleich will: Nichts wissen vorher, aber alles bekommen nachher. Die einzige Konsequenz, die aus dieser Prognose sicher abgeleitet werden kann, ist eine neue Informationskette entlang der Nahrungskette.

Die Nahrungsinformationskette

Wenn es denn stimmt, dass neue Zusammenhänge zwischen Gesundheit und Nahrung nachgewiesen werden können – mein Beispiel war das gentechnisch veränderte Sojamehl – und deren Wirkungen im juristischen, nicht

im politischen System ihren Hebel finden, dann bleibt auch dem Einzelhändler als dem kundennahen Glied der Wertschöpfungskette kein anderer Weg als den Aufbau einer parallelen Informationskette zu fordern. Um es gleich zu sagen: Der Bäcker kann dies nicht realisieren. Es ist illusorisch, jeden Sack Mehl oder jede Lage Hühnereier bei der Anlieferung überprüfen zu wollen. Selbst wenn es dem einzelnen Bäckerbetrieb finanziell besser ginge, wäre dies nicht praktikabel. Er wird aber ohne Zweifel das größte Interesse daran haben, denn er steht im Falle des Falles vor dem Kadi.

Eine Nahrungsmittel-Informationskette unter den Bedingungen der globalisierten Weltwirtschaft aufzubauen, ist eine schwierige Aufgabe. Die technischen Vorbedingungen sind in Bezug auf die Vernetzung in großem Maße erfüllt, ein „elektronisches Warenbegleitdokument“ kann tatsächlich vom Anbaubereich in Süddakota oder in Südostchina bis zu uns in die Backstuben technisch gedacht werden. Aber der Haken liegt in der Organisation eines solchen Prozesses. Kleine schmerzhaft Entmutigung vorweg: Wann immer solche Ketten aufgebaut werden sollten (denken wir zum Beispiel an die Recyclingketten), stellen sich zwei Muster heraus, das bürokratische mit all seinen Schwächen und das mafiöse mit all seinen Unabwägbarkeiten. Im Bürokratiemuster wird notwendigerweise eine Perfektion angestrebt, die nicht einmal dann erreicht würde, wenn man den Faktor „Mensch“ aus der Prozesskette herausnimmt, denn auch jede komplexe Informationstechnik hat ihre Schwachstellen.

Die Mafia-Strukturen sind bekanntlich nicht perfekt, aber sie sehen perfekt aus. Vor allem glänzen sie mit einer Flexibilität, die gerade der Praktiker zu schätzen weiß. Die Bürokratiestrukturen neigen dazu, den Papieraufwand zu erhöhen (und da tröstet es nicht, wenn man statt Papier einen Bildschirm beschreibt), die Mafiastrukturen nehmen dem Kunden all dieses ab. Wenn Sie einem halb-

staatlichen Betrieb einmal Sondermüll übergeben haben, bleiben Sie immer mit einem schlechten Gewissen zurück, weil Sie nicht wissen, was mit diesem Müll geschieht. Vielleicht kommt er nach einer weiteren Detailanalyse zu Ihnen zurück, und sei es nur mit einer Nachberechnung. Der mafiös vernetzte Dienstleister (ich will übrigens nicht ausschließen, das es auch unter den Halbstaatlichen auch solche gibt) schafft es, Ihnen diesen Sondermüll preisgünstiger abzunehmen und sie mit dem Eindruck zu verlassen, Sie hätten soeben Blumenerde für Entwicklungsländer gespendet.

Es bleibt kein anderer Weg, als den schwierigen Mittelweg zu suchen, der mühsam über die Verbände und dann auch gleich noch über die internationalen Organisationen zu einem praktikablen Modell führt. Das kostet gewiss Geld, aber auf jeden Fall weniger, als es kosten würde, so etwas wie eine Nahrungsinformationskette unter dem Zeitdruck eines eingetretenen großen Schadensfalls einzurichten. Den schönen Satz: „Wenn es erst ein Gesetz oder eine EU-Verordnung gibt, dann wird es richtig teuer“ füge ich an dieser Stelle nur ein, um Szenenapplaus zu bekommen.

Wenn man Gesetze und vor allem Urteile vermeiden will, bleibt nur die Selbstorganisation und natürlich als Grundlage einer solchen die Selbstverpflichtung. Wie schwierig das ist, sehen Sie gerade an den Beispielen von Grünem Punkt auf der einen Seite und der Dosenpfanddiskussion auf der anderen Seite. Als Trost habe ich, dass der Versuch, eine Selbstorganisation samt Selbstverpflichtungen aufzubauen, nicht strafbar ist, sondern im Gegenteil schon den Streitwert im Falle einer Auseinandersetzung mindert. Ich könnte mir vorstellen, dass ein Verbraucherschutzministerium hoch erfreut wäre, wenn ein fertig definiertes Projekt auf den Tisch käme, das eine Art „Bar Code“ für eine globalisierte Nahrungsmittelkette vorschlägt. Gut, die Freude lässt zwar schlagartig nach, wenn die Sprache auf die erforderlichen Finanzmit-

tel kommt, aber auch hier könnten gleichmäßige Preisüberwälzungen angestrebt werden.

Wie kommt nun ein solcher Vorschlag auf den Tisch? Ich empfehle, hier eines unserer renommierten Institute, etwa das FAW in Ulm oder das Wuppertal-Institut damit zu beauftragen, einen entsprechenden Vorschlag auszuarbeiten. Es gibt viele Vorarbeiten dazu, und staatliche Förderung scheint nicht von vorneherein aussichtslos zu sein. Suchen Sie sodann neue Partner für solch ein Vorhaben. Denken Sie beispielsweise daran, dass die Telekommunikationsindustrie größtes Interesse daran hat, den Datenverkehr immer noch weiter zu steigern. Die Telekommunikationshersteller sind mittlerweile so weit, dass sie sogar darüber nachdenken, wie die Betreiber (die manchmal nicht so den Draht zur Forschung und längerfristiger Strategie haben) ihren Umsatz steigern können, damit sie höhere Investitionen in die Netzkapazitäten leisten können. Aber auch auf der staatlichen Seite ist es nicht allein das zuständige Verbraucherschutzministerium, das hier angesprochen werden kann und muss. Es gibt viele außenwirtschaftliche und entwicklungspolitische Komponenten in einem solchen Vorhaben, den Forschungsaspekt und damit das BMBF habe ich erwähnt. Der Staat, der sich in der Globalisierung ohnehin gerne insbesondere von den finanziellen Verpflichtungen zurückziehen würde, wird im Falle der Nahrung vom Wähler nicht aus der Pflicht entlassen, auch wenn die Nahrung überwiegend vom Privatsektor produziert wird.

Egal wie: Tun Sie alles, bloß warten Sie bitte nicht ab, bis Ihnen die Umstände eine solche Strategie in Richtung eines aufzwingen, Denn dann gilt wieder das harte Sprichwort, dass in der Not tausend Freunde auf ein Lot gehen.

Der PC in der Backstube und am Tresen?

In meinem letzten Abschnitt komme ich noch

zu der seit längerem in der Luft liegenden Frage, ob und wann der Multimedia-PC in Backstuben oder Bäckerläden Einzug hält. Ja, er wird Einzug halten, aber nicht in diesem platten Sinne, dass nun nach den Schulen auch noch die Bäckereien von unserer Initiative D21 vernetzt werden müssen. Bitte glauben Sie also nicht, dass Sie die Empfehlungen von Frau Melzer-Lena nun nur noch um das Internet und den PC ergänzen müssen, um Ihre großen und kleinen Geschäftsstrategien zu optimieren. Die Kids werden auch dann weiterhin zu 41 % davon überzeugt sein, dass es auch ohne Bäckereien geht, wenn es im Bäckerladen bunt flimmert.

Der Computer ist als Robot bereits in der Backstube, seine zahlreichen Sensoren werden noch um solche erweitert werden, die aus der Nahrungsketten-Kontrolle der Zukunft zu erwarten sind.

Im Laden selbst kommt der Computer über den Umweg der Ladenkasse und vor allem der Waage. Derzeit sind gerade die Kassenswaagen in Erprobung, die den Broccoli wiegen, auch wenn der Einkaufende keinen Aufkleber auf die Plastiktüte geklebt hat. Noch in diesem Jahrzehnt wird die Bildverarbeitung so weit sein, dass die jeweilige Ware auf der Waage mit einem 3-D-Scanner erkannt wird. Für den Bäckerladen heißt dies, dass der Computer die Brotsorten unterscheiden kann, die über den Ladentisch gehen.

Noch vor dem Multimedia-PC hält dann ein Display Einzug, das selbst bei Warteschlangen den lieferbaren Produktvorrat anzeigt. Dann bekomme ich endlich auch anstatt der Laugenbrötchen, die gerade ausgegangen sind, wenigstens Laugenstangen und keine Körnerbrötchen.

Mit großer Wahrscheinlichkeit werden aus der Warenerkennung Zusatzinformationen möglich, die wiederum das Käuferverhalten beeinflussen können. Auf der Tüte klebt dann ein Aufkleber mit der Haltbarkeit bei sachge-

mäßiger Lagerung, vielleicht auch Kleingedrucktes hinsichtlich der Backzusatzstoffe, die nun einmal Verwendung finden dürfen.

Vermutlich wird es aber auch eine Entwicklung in Richtung eines Kundenterminals geben. Kluge Einzelhändler wissen, dass es zunehmend kluge Kunden gibt, die zuhause im Internet Informationen darüber suchen, was sie gerade eingekauft haben. Solche Einzelhändler werden sicher versuchen, dabei zu sein, wenn der Kunde etwas findet, denn dann kann er noch etwas dazu sagen. Wenn der Kunde einsam zuhause etwas findet, was ihm nicht gefällt, kommt er nicht wieder, darauf hat der Händler keinen Einfluss mehr.

Bei zunehmender Durchdringung der Bevölkerung mit Internet wird es auch die elektronische Brötchenbestellung geben, ein Prozess, der mit dem Telefon nie praktikabel organisiert werden konnte, denn das normale Frühstücksbrötchen oder die Brezel kann man nicht immer 24 Stunden vorher ordern. In einer alternden Bevölkerung werden die Zustelldienste einen neuen Aufschwung bekommen, ein solcher ist ohne elektronische Bestellung schwer vorstellbar. Ob er uns die Schlange bei Bäcker Bosch ersparen kann, ist mir noch nicht ganz klar, sollen die Kids mal drüber nachdenken oder eben weiterhin Cornflakes essen.

Ganz zum Schluss deswegen noch eine kleine Anmerkung zu der „Bäckerei-Homepage“, die das Bäckerhandwerk anbietet. Ich kann hier keine allgemein-gültigen Ratschläge geben, aber wenn ein einzelner Bäcker zu mir kommt, dann werde ich ihm von der Einrichtung einer solchen Homepage, wie sie im Bäko-Magazin vom April des Jahres steht, recht heftig abraten. Gewiss sollte jede Bäckerei in einem Verzeichnis der Gelben Seiten auch elektronisch stehen, aber bestimmt nicht mit einer Produktaufzählung. Sie erinnern sich an mein Samstagsbeispiel: Laugenbrötchen gibt es schräg gegenüber ohne Warteschlange, kaufen werde ich sie aber nur 150

Meter weiter, weil die eben schmecken und die anderen nicht. Nein, viel sinnvoller als eine Homepage wäre in einer Zeit des flexiblen Ladenschlusses eine aktuelle Anzeige in einem Portal, wo es noch Brötchen zu kaufen gibt, aber eine solche Ladenschlussanzeige bedarf der Kooperation der Einzelhändler in einer Stadt, und wer kooperiert schon gerne, wo doch der Kunde sein Geld in der Regel nur einmal ausgibt.

Meine Damen und Herren, ich habe ihnen drei Aspekte genannt, die eine direkte Verbindung zwischen der Informationsgesellschaft und dem Bäckerhandwerk bieten, ich habe – um das Begrüßungswort von Herrn Knieling aufzunehmen – also „die Kurve gekriegt“. Die Mediengesellschaft hat Licht- und Schattenseiten auch für Sie, ebenso die Globalisierung. Wir sehen den Wandel des Verbraucherverhaltens in einer globalisierten Kommunikationswelt. Sie haben auch hoffentlich gespürt, dass ich gerade bei Technik rund ums Internet nicht die Innovation um der Innovation willen verfechte, sondern eher die technische Innovation zum Anlass nehme, über eingefahrene Gewohnheiten mit dem Ziel der Änderung nachzudenken.

Weil Sie ja hier bei Bäko die Disziplinen sammeln – der Mathematiker Radermacher hat sie wohl überzeugt, dass ihm und Ihnen die Spieltheorie hilft – gestatten Sie einem Kommunikationswissenschaftler, sein wichtiges Anliegen noch einmal herauszuheben. Die gesellschaftliche Kommunikation ändert sich und wir können sogar mit einer gewissen Sicherheit sagen, in welche Richtung. Wenn Sie den Lawineneffekt vermeiden wollen, wo möglicherweise zu wenig Zeit bleibt, sich vernünftige Wege auszudenken, sollten Sie nicht nur beim Abendessen oder gerade noch auf dem Nachhauseweg und natürlich in den nächsten Tagen meinen Appell überdenken, aktiv in Richtung des Aufbaus einer Nahrungsmittel-Informationenkette zu wirken. Es drohen Ihnen zwar keine mittelalterlichen Strafen, aber neuzeitliche Folterinstrumente

einschließlich dem elektronischen Pranger
stehen schon noch bereit.

Digitale Spaltung und der globale Wettbewerb

Kein Phänomen wird auf dem Weg zur Informationsgesellschaft allseits so abgelehnt wie der „digital divide“, die digitale Spaltung, der digitale Graben. Alle Parteien, Regierung, Opposition, Verbände, Initiativen und Kirchen, Reiche und Arme, Nord und Süd, alle sind dagegen. Die Wissenschaft, die Wirtschaft und die gesellschaftlichen Gruppen sind sich einig, dass der Digital Divide keinem nützt und allen schadet. Das bekannte Netzmagazin - in der Internetsprache also ein „net-zine“ - Politik-digital schreibt:

□ „Unüberhörbar jedoch warnen Regierungen, Bildungseinrichtungen und Wirtschaft vor der Entstehung einer neuen Klassengesellschaft, in der nicht mehr Herkunft und Besitz, sondern "access" über Erfolg oder Misserfolg im Leben entscheidet. Ein "digitaler Andreasgraben", so heißt es, trennt "Information-have" und "-have nots" innerhalb, besonders aber zwischen Gesellschaften. Vergleichende Statistiken scheinen den Kritikern recht zu geben: es gibt allein in New York City mehr Internet User als auf dem ganzen afrikanischen Kontinent.“

Dies klingt zunächst, als handle es sich beim Digital Divide vor allem um die elektronische Variante des Nord-Süd-Gegensatzes. Aber das Phänomen haben wir auch hier zuhause:

□ „In der Bundesrepublik verfügen laut Erhebungen der GfK 28 % der Befragten mit Internetanschluss über ein Haushalts-Nettoeinkommen von über 6000 DM, nur bei 5 % liegt es unter 2000 DM. Nicht nur das Einkommen, sondern auch das Alter ist ein einschränkender Faktor. So wollen rund 30 Millionen Deutsche nach Untersuchungen der Mediagruppe Digital das Internet auf gar keinen Fall nutzen. Diese Gruppe setzt sich vor allem aus Personen im Alter von über 50 Jahren zusammen. Diese Beispiele zeigen, dass die digi-

tale Spaltung auf der Individualebene mit Einkommen, Bildung und Alter korreliert und das neue Medium herkömmliche Unterscheidungen bis dato nur teilweise relativiert hat.“

Amtlich festgestellt wurde der Digital Divide aber im Web-Homeland USA, wieder bei Politik-digital:

□ „Nach Veröffentlichung der Studie zur digitalen Spaltung "Falling through the Net" durch das amerikanische Handelsministerium im Jahre 1998 wurde der Begriff "digital divide" mit einem Schlag weltweit diskutiert. In seiner ursprünglichen Bedeutung trennte der Begriff Besitzer und Nichtbesitzer von Personal Computern. In der Studie ist Zugang das zentrale Unterscheidungskriterium, überprüft nach Wohnort (Stadt oder Land), Einkommen, Bildung, Alter, ethnischer Zugehörigkeit und Geschlecht. Die Studie, optimistisch durch den Nachsatz "Towards Digital Inclusion" ergänzt, stellt gleichwohl fest, dass die Spaltung an den Linien ethnischer Zugehörigkeit, Alter und Bildung gleich geblieben ist oder sich in einigen Fällen sogar vergrößert hat.

Praktisch mit der Feststellung des Digital Divide war man sich in den USA zugleich einig, dass Gegenmaßnahmen erforderlich seien und dass es dafür auch Zuständige gibt:

□ „Sprechen wir vom Digital Divide auf Individualebene, so sind nationale Regierungen sicher zentrale Akteure. Die Sicherstellung von "access" an Schulen, Universitäten und öffentlichen Bibliotheken ist dabei eine auf der Hand liegende Maßnahme. Aber auch private Initiativen der unterschiedlichsten Träger wollen dem Ausschluss bestimmter Gruppen entgegenwirken, wie zum Beispiel die Interessengemeinschaft „seniorennet.de“ oder die kanadische community der "Wired Seniors". Verschiedene nationale und internationale Ini-

tiativen wie die auf öffentlich/privater Partnerschaft basierenden Initiative D21 oder der in Okinawa im Juli diesen Jahres beschlossenen Digital Opportunity Task Force - kurz dot-force - zur Koordination der Projekte unter den G 8-Staaten, wollen aus wohlverstandenen Eigeninteresse helfen, den digitalen Graben zu schmälern.“

Es muss sich um ein bedeutsames Phänomen handeln, wenn sich die Initiativen gleichermaßen dramatisch an die zukunftswehrlose Jugend und das noch sorgenfreie Alter richten. Derartig harsche Aussagen und entsprechende Maßnahmen sind etwa rund um den Begriff der „Armut“ schon lange nicht mehr zu lesen gewesen, es scheint, als rangiere der „Zugang“ gleichauf mit dem „täglichen Brot“. Ein Grund dafür ist gewiss die moderne Medienwelt, die sich - wie die alte Medienwelt schon seit Jahrhunderten - auf Neues eben stärker zu stürzen hat als auf altbekannte Erscheinungen. Ein anderer Grund mag darin zu finden sein, dass sich viele Schreiber wie Leser immer noch nicht recht vorstellen können, was genau unter diesem rätselhaften Wort „Zugang“ zu verstehen ist. Das Wort klingt nicht gerade wie eine Verheißung, sondern eher wie eine ominöse Drohung: Ohne diesen Zugang, so viel scheint sicher, passiert etwas nicht in vollem Umfang Bekanntes, auf jeden Fall etwas Unangenehmes.

Dies führt zu der Einsicht, dass im Digital Divide mehr steckt als nur ein vermutbares individuelles Unglück, es muss etwas sein, das den Einzelnen, aber noch viel mehr die Gesellschaft oder die Wirtschaft oder die Kultur trifft. Von einem gesellschaftlichen Druck ist aber auf der Straße nichts zu spüren. Niemand wird schief angesehen, wenn er schon am Bahnfahrkarten-Automaten zeigt, dass er mit Tastaturen und Bildschirmen nicht zurechtkommt. Auch der am Straßenrand haltende Autofahrer, der nicht sein Handy ans Ohr presst, macht sich nicht verdächtig. Selbst wirtschaftlich ist keine außergewöhnliche Maßnahme zu erkennen. Noch klingeln keine

Drückerkolonnen, um der Oma nach vielen Staubsaugern und Heizkissen, vor allem aber Zeitschriftenabonnements, endlich einen Laptop in 72 Monatsraten anzudrehen. Und die Kultur? Die Zeitung kommt, das Radio tönt, der Fernseher flimmert sogar nicht mehr, seit die 80 Hertz-Abtastfrequenz überschritten ist. Und die Computerkids hängen an ihren Videospiele und Computerspielen wie die Altvorderen am Flipper oder am Skatblatt, treiben sich also nicht an Straßenecken herum und das ist doch gut so. Es bleibt eigentlich nur die Frage, wovor sich 38 % der Deutschen fürchten, wenn vom Digital Divide die Rede ist.

Diese Furcht ist sicher auch eine dem Menschen innewohnende Furcht vor dem Neuen und Unbekannten, das berüchtigte „ungute Gefühl“. Sie richtet sich aber in diesem Fall nicht etwa gegen die Technik. Diese reale Technikfurcht ist vielmehr ein Privileg der Computerspezialisten, wenn sie über den Grad der Robustheit der heutigen Softwaretechnik nachdenken, sie ist auch eine Spezialität mancher philosophierenden Sektierer, die - obwohl sie den Computer bestens beherrschen - ständig fürchten, von ihm demnächst beherrscht zu werden. Nein, der Digital Divide löst bei den meisten der Menschen durch seine Konnotationen Beklemmungen aus. Und das Catchword, das am Häufigsten mit dem PC, mit der Vernetzung, mit dem Sammelwort „Digitalisierung“ daher kommt, heißt ohne Zweifel „Globalisierung“. Nun ist aber Globalisierung ein weiteres Sammelwort für alles Mögliche. Die Koppelung zweier Sammelwörter wie „Digitalisierung“ und „Globalisierung“ führt sogar zu Konstellationen des Unmöglichen.

Das Wort „Globalisierung“ meint selbst im Exportweltmeisterland Deutschland nicht in erster Linie die Chancen, weiterhin ein Drittel unseres Wohlstands außerhalb unserer Grenzen zu erwirtschaften, es assoziiert vielmehr „Importdruck“, sprich: Verlust von Arbeitsplätzen. Im Unterschied zur Diskussion vor 25 Jahren verliert man in dieser Vorstellung nicht

mehr durch den Computer, sondern ohne Computer die Arbeit. Nun, warum sollte es der Informationsgesellschaft anders ergehen als der Industriegesellschaft, deren sichtbare Artefakte, also die Maschinen, von Anfang an unter dem Verdacht standen, die Menschen um Lohn und Brot zu bringen, obwohl dies bereits die zerfallende Agrargesellschaft flächenentleerend besorgt hatte. Wir dürfen nicht vergessen, dass der Übergang von der Agrargesellschaft zur Industriegesellschaft erst im Nachhinein als die Ablösung eines Zyklus durch einen anderen interpretiert wurde, die romantischen Konservativen mal außer acht gelassen.

Das unreflektierte zyklische Denken, das nicht nur in Deutschland relativ viel Raum gewonnen hat, ist eine der Hauptwurzeln für das Unangenehmste, das der Wirtschaft widerfahren kann, nämlich die Überraschung. Ende der achtziger Jahre kam mit Leo Nefiodows „Der fünfte Kondratieff“ - herausgegeben vom FAZ-Verlag - ein Leitbild auf, das eine präsumtiv unaufhaltsame Zyklusabfolge in einem einfachen Muster darstellte: Die Industriegesellschaft versinkt nach unten, aber ebenso exponentiell steigt die Informationsgesellschaft empor. Leo Nefiodow, der auch einer der Hauptautoren des Abschlußberichts von IT 2000 war, welcher das Ende des staatlich garantierten Infrastrukturbaus in der Telekommunikation einläutete, hat natürlich kein so simples Bild gezeichnet. Er hat immer deutlich gemacht, dass solche Zyklen nur Markttendenzen darstellen, keine Automatismen. Aber in einer Zeit, wo in Wirtschaft und Staat (zunehmend auch in der Wissenschaft) kein verantwortlicher Akteur mehr die Zeit zum Lesen hat, prägt sich beim Durchblättern des zu Abertausenden verschenkten Buchs eben dieses einfache Bild ein: Der Zyklus mit den Computern als taktgebender Technologie folgt eben dem Zyklus von Stahl und Kohle wie die jüngere Generation auf die ältere. Was in der Demographie ein statistisch extrapolierbarer Fakt ist, kann bei Technologien und Märkten aber eben nur eine Tendenz sein. Dabei muss

man sich doch vor Augen halten: Eine Welt ohne Stahl und ohne Kohle ist tatsächlich vorstellbar, selbst eine Welt ohne Ottomotoren, jedoch ist die Annahme, der Computer habe nun einen Zyklus vor sich, der irgendwann von dem der Biotechnik oder der Gentechnik abgelöst wird, erkennbar falsch. Die Computertechnologie ist unumkehrbar zur Menschheitsbegleiterin geworden wie etwa die Schrifttechnologien und deren gewachsene Infrastrukturen.

Was bei der Schrifttechnologie noch Tausende von Jahren gedauert hat, schaffte der Computer innerhalb von fünfzig Jahren, sagt der Volksmund. Bei genauer Betrachtung ist aber nicht „der Computer“, sondern eher das Office-Programm des PC Gemeingut geworden, mithin also eine Funktionalität, die auf den Jahrtausende alten Infrastrukturen von Schrift und Zahl aufbaut, nicht diese ablöst. Im rudimentären Geschichtsverständnis von vielen Politikern und Wirtschaftsleuten, hier vor allem Technikern, einem Geschichtsverständnis, das zum Austragen von Podiumsdiskussionen oder zum Aufsagen bei Jubiläen absolut hinreichend ist, war der Druck der Gutenberg-Bibel ein Urknall für die Kulturtechnik des Lesens und Schreibens, dessen Druckwellen die Menschen lediglich zu langsam erreichte. In dieser Vorstellung wartete die wissensbegierige Menschheit ungeduldig auf den Rotationsdruck und die Erfindung des Paperback. Konsequenter wird heute für den Computer - sprich: den PC mit seinem Office-Programm - die „schnellere Verbreitung dieser neuen Kulturtechnik“ gefordert. Echte Historiker suchen bis heute eine Initiative zur Verbreitung des Lesens in der Renaissance-Zeit, sie suchen vergebens. Die ersten ernstzunehmenden Initiativen für diese Kulturtechnik des Lesens und Schreibens waren in Deutschland die Einführung der Schulpflicht 1619 in Weimar, der Schulmethodus von Ernst dem Frommen von Sachsen-Gotha 1642 und schließlich die Einführung der Schulpflicht in Preußen 1717. Letztere war übrigens eine kulturelle Großtat der Zeit Friedrich Wilhelms I. von Preußen,

denn es gab einen totalen Mangel an geeigneten Lehrern.

Es ist unvorstellbar, dass heutige Kultusbürokratien in Deutschland so etwas wie eine „PC-Pflicht“ einführen würden, nicht einmal die absatzgeplagte PC-Herstellerbranche käme auf die Idee, so etwas zu fordern. Zwar hätten wir - wie damals in Preußen - ohne Zweifel auch einen Mangel an geeigneten Lehrern, aber besonders in Deutschland ist aufgeklärte Deziision nicht möglich. An die Stelle von Pflichten und Vorschriften (die Schulpflicht gilt bekanntlich bis heute) des aufgeklärten Absolutismus Preußens sind im Vorfeld der Informationsgesellschaft ans Mittelalter gemahnende gregorianische Gesänge getreten, die monoton die Herrlichkeit der Medienkompetenz loben, die den Menschen auffordern, sich freiwillig mit PC-Fortbildung zu kasteien, auf dass er dereinst dem drohenden Digital Divide entrönne. Auf die Freiwilligkeit von Kasteiungen wie PC-Kurse zu setzen, ist ein Privileg der herrschenden Intellektuellen-Kaste in Deutschland, die unisono mit leuchtenden Augen vom „lebens-langen Lernen“ spricht, von den ungeheuren „digitalen Chancen“ und nicht zuletzt vom „gesamten Wissen der Menschheit im Netz“ schwärmt. In Deutschland liebt man nicht die Deziision, sondern den Diskurs, ganz besonders den kreisförmigen.

Gleichzeitig betonen alle mit hinreichender Dramatik, wie lebenswichtig PC-Kenntnisse für unseren Wirtschafts-, Sozial- und Kulturstandort seien. Auf meinen schon wiederholt gemachten Vorschlag, umgehend in allen Ausbildungszeugnissen, von der Sonderschule bis zum Diplomzeugnis die adäquaten PC-Kenntnisse vorzusehen, kommen in Deutschland von allen Seiten erwartbar folgende 15 Argumente:

1. Wir haben keine geeigneten Lehrer
2. Die Industrie soll erst mal genügend PCs spenden
3. Dafür gibt es keine Lehrpläne

4. Da muss erst eine Entscheidung zwischen PC und MAC erfolgen
5. Wir haben keine Ressourcen, um geeignete Lehrer auszubilden
6. Alle Zeugnisformulare müssten ja geändert werden
7. Das muss erst in der Familie beginnen und dann in die Schulen hineinwachsen
8. Wir brauchen eine tarifvertragliche Absicherung nicht fortbildbarer Lehrer (erweiterter Vorruhestand, Unterpunkt „lebenslanges Lernen ist unzumutbar“)
9. Lehrern ist untersagt, private PCs für Schulzwecke einzusetzen, Punkt.
10. Keine Steuerprivilegien für PC-Lehrer, früher hat man auch nur alle 20 Jahre eine Schreibmaschine gekauft.
11. Das ist Sache der Länder
12. Das ist Sache der kommunalen Schulträger
13. Das ist Sache der interessierten Wirtschaft
14. Das ist Sache der ständigen Konferenz für argumentbewaffnete Innovationsverweigerer
15. Wir haben keine geeigneten Lehrer

Gegen dieses Bollwerk scheint jedes Argument machtlos. Erwin Staudt, der Vorsitzende der Initiative D21, bittet jetzt um die Einführung eines klitzekleinen Fachs „Medienkunde“. Er wird das am Montag auf dem D21-Kongreß in Nürnberg wiederholen. Und auch er wird die 15 Argumente zu spüren bekommen. Zu hören bekommt er sie nicht, weil sich niemand traut, der gängigen These zu widersprechen, dass uns ohne die hinreichende PC-Kompetenz auf allen Ebenen der eiskalte Sturm der globalisierten Wirtschaft ins Haus steht. Alle plappern diese These nach, ohne innerlich so recht an sie zu glauben. Milliardenexporte mit Autos, Millionengewinne mit Bank- und Beratungsdienstleistungen sowie nicht zuletzt Hunderttausende von glühäugigen Computer-Kids nähren die stille Hoffnung, dass dieser Kelch an einem vorübergehen möge. Ein höherer Kultusbeamter - den PC vorschriftsmäßig auf dem Schreibtisch - bat mich, ihm das besprochene Dokument doch zu faxen, „das Fax ist gleich nebenan, das geht schneller, als diese PC-Kiste anzumachen“.

Dieser Mann wird auch ohne PC und Mail noch zehn Jahre gute Arbeit verrichten, dessen bin ich gewiss. Aber das Schlimme ist, dass er in diesen zehn Jahren nicht die Stimme erheben wird, wenn es um die Einführung eines entsprechenden Schulfachs geht.

Der Rekurs auf Preußen und die Dezision könnte den falschen Eindruck hervorrufen, ich sähe nur einen bürokratischen Weg zur Überwindung des Digital Divide. Ein hervorragendes Beispiel, wie es auch anders geht, gibt uns Finnland. Anfang der neunziger Jahre stand Finnland vor den Trümmern des weggebrochenen Markts der ebenso weggebrochenen UdSSR. Das ganze Land war überzeugt, dass es in großer Gefahr war, sich zu einem wahrhaft randständigen Staat in Europa hinabzuentwickeln. 1994 ging der Auftrag an den Finanzminister, die in Finnland aufgebaute Expertise und das auch hinsichtlich der IT-Geräteausstattung Erreichte in eine Strategieempfehlung umzusetzen. Die Wahl des Finanzministers für diese Aufgabe war zeitsparend, denn dadurch war von vorneherein abzusehen, dass die staatlichen Budgets bei den mit 0,2 % des GNP (rund 170 MECU p.a.) erforderlichen Investitionen kaum eine Rolle spielen konnten. Das finnische Beispiel zeigt, dass staatliche Förderung von IT-Projekten allein wegen des Zeitverlusts beim Gerangel um die Budgets nicht unbedingt ein Wettbewerbsvorteil ist, es zeigt eher, dass es des „aktivierenden Staates“ bedarf.

Das Leitbild des Reports war klar formuliert. Es sollte drei Herausforderungen von vitaler Bedeutung begegnet werden:

1. Dem von außen kommenden Druck, sich in die globalisierte Weltwirtschaft zu integrieren;
2. dem internen Druck, mit den sozialen Problemen in einer „ökonomischen Depression nie gesehenen Ausmaßes“ samt der Massenarbeitslosigkeit und der öffentlichen Verschuldung fertig zu werden;
3. den Änderungsdruck durch die neuen Technologien positiv aufzunehmen.

Daraus abgeleitet wurden die strategischen Eckpunkte einer erfolgreichen Anpassung an die globalisierte Ökonomie, das Anstreben eines hohen Beschäftigungsniveaus, die Betonung der Unternehmerrolle sowie ein wettbewerbsfähiger öffentlicher Sektor. Gekoppelt daran wurden zunächst die sozialen Ziele „ausgeglichene soziale Entwicklung“, „bessere Lebenschancen für den Einzelnen“, eine „Bürgergesellschaft“ (civil society) und eine „auf Wissen basierende Kultur“. Das Wohlergehen der Bürger sei gleichermaßen Aufgabe von Staat und Wirtschaft. Der Report schlug 5 Aktionslinien mit insgesamt 46 Empfehlungen vor:

1. IT als Werkzeug der Erneuerung im öffentlichen und privaten Sektor;
2. IT-Industrie soll wichtiger (mit explizitem Bezug auf Nokia auch exportorientierter) Sektor der Wirtschaft werden;
3. Professionelles Know-how und Expertise sollen auf hohem Niveau mit einigen Spitzenleistungen gehalten werden;
4. Jeder soll die Möglichkeiten und die Basiskompetenz zur Nutzung der IT-Dienste bekommen;
5. Die finnische Infrastruktur (Infrastruktur wird in Finnland als Technik plus Organisation plus Umgangskompetenz definiert) soll höchstqualitative Dienste und Dienstleistungen ermöglichen.

Diese Punkte des Reports wurden von der finnischen Regierung schon Anfang 1995 aufgenommen, die Umsetzung den beiden Ministerien für Bildung sowie für Transport und Kommunikation übertragen. Die anderen Ministerien zogen rasch nach, unter der Leitung des Ministers für Verwaltung bildete sich zur Ergänzung ein „Nationales Forum“ sowie ein „Regierungskomitee für die Informationsgesellschaft“. In der Aktionslinie 4 übernahm das TIEKE (Zentrum für IT-Entwicklung, eine eigens geschaffene Agentur), die Entwicklung eines „Computerführerscheins“, der – 1993 in Finnland „erfunden“ - inzwischen als „Europä-

ischer Computerführerschein“ von der irischen Stiftung ECDL höchst erfolgreich in Europa und bereits einigen außereuropäischen Ländern wie USA und Südafrika als ICDL verbreitet wird. Die Skill Card, in Deutschland Elektronischer Führerschein genannt, ist ein europäisch genormtes Zertifikat, das vom Dachverband der Informatikgesellschaften CEPIS mithilfe nationaler Organisationen ausgegeben wird. In Finnland kann der Computerführerschein in

- Zentren der Erwachsenenbildung
- Sommeruniversitäten
- Offenen Kollegs für Jugendliche und Erwachsene
- Berufskollegs
- Studienzentren und
- Ausbildungsfirmen

sowie – auch hier eine Spitzenstellung in Europa - in über 300 Schulen und Colleges abgelegt werden. Wohl gemerkt: Beim Computerführerschein wurde nicht die Ausbildung über Lehrpläne standardisiert, sondern die Prüfung. Es ist etwa wie beim „Oxford English Certificate“ jeder Weg zur Prüfung ist erlaubt, aber es gibt nur dieses eine standardisierte Zertifikat.

Ein Wort zum erforderlichen Kompetenzniveau: Als Beirat in der deutschen „Dienstleistungsgesellschaft für Informatik“, die diese Prüfung wurzelzertifiziert und als beratendes Mitglied des Executive Committees des Europäischen Informatikerdachverbands CEPIS habe ich mir relativ aktuelle ECDL-Prüfungsfragen besorgt und glorios bestanden. Gut, ich war spätabends allein zuhause, die Prüfung umfasste sieben Stufen und irgendwo mitten in der Tabellenkalkulations-Prüfung mit EXCEL (oder FOXPRO) geriet mir über dem Ausrechnenlassen von irgendwelchen verminderten Mehrwertsteuer-Sätzen die Stoppuhr etwas außer Sicht. Beim anschließenden Bepunkten war ich schon sehr müde und habe mich deshalb sehr human behandelt. Unter diesen modernen pädagogischen Randbedin-

gungen wäre auch mein Abitur sicher eine Note besser ausgefallen. Den Gedanken, diese Prüfung auch einmal unter öffentlicher Kontrolle abzulegen, habe ich - natürlich nur aus Zeitgründen - verworfen. Dafür habe ich die Prüfung per Diskette unserer Bildungsministerin zugesteckt und freue mich bis heute, dass sie - nach nur einem Wochenende des Nachdenkens - jetzt die Schirmherrin dieses Vorhabens ist. Ich will mit dieser kleinen Anekdote sagen, dass es hier nicht um einen Internetführerschein geht, den man ja auch in einer halben Stunde auf einem Messestand der CeBIT ablegen kann, sondern um eine mehr als nur berufsqualifizierende nachgewiesene PC-Kompetenz. Und ich frage mich, ob Menschen ohne hinreichende PC-Kompetenz anderen Menschen solche Leistungen vorschreiben dürfen. Mit einem Seitenblick auf den deutschen Leichtathletikverband und das NOK beantworte ich die Frage aus vollem Herzen mit ja.

Bei dem finnischen Musterbeispiel mag uns manche heutige Diskussion in Deutschland bekannt vorkommen, wir wundern uns auch nicht, warum gerade Deutschland mit diesem mittlerweile weltweit akzeptierten ECDL-Zertifikat prozentual gesehen nachhinkt. Der Gedanke, in Schulen (oder meinetwegen auch in Volkshochschulen) eine Prüfung für PC-Kenntnisse zu standardisieren, ist ausgerechnet im Heimatland des Zentralabiturs den Zuständigen „wesensfremd“ (das Lieblingswort meiner Lieblingsbeamtin in einem deutschen Ministerium).

Der Sachstand ist in Deutschland - offen ausgesprochen - so, dass die Bürokratie die Aufgabe nicht wirklich annimmt, den Digital Divide zu verringern, dass sie es aber andererseits nicht zulässt, dass dies andere - etwa die Wirtschaft - tun. Ebenso offen will ich einräumen, dass die deutsche Wirtschaft dieser Aufgabe, würde sie diese denn überhaupt anpacken dürfen, nicht ohne weiteres gewachsen wäre. Bei kleinen Firmen hat Flexibilität und Innovation - beides würde im Übermaß ge-

braucht - schon immer ein Heimspiel, aber die Spieler können mangels Masse nicht bezahlt werden. In großen Firmen (wie in allen großen Organisationen) braucht man seine gesamte Flexibilität, um auch nur eine kleine Innovation vor der Masse der Bedenkensträger zu schützen. Und diese Bedenkensträger wiederum haben ein unschlagbares Argument: Solch eine Qualifikationsmaßnahme zu organisieren, kann nicht Aufgabe eines Unternehmens sein, sondern muss gleichmäßig die gesamte Wirtschaft erfassen, in unserer globalisierten Welt also weit über die nationalen Grenzen hinaus. Also kann es nur Aufgabe der Wirtschaftsverbände sein, die dieses übernehmen sollten. Die deutschen Wirtschaftsverbände verweisen aber elegant auf die notwendige Europäisierung und schon ist das Thema auf dem Weg nach Brüssel, wo man ja alles vermutet, nur keine Bürokraten. Die dortigen Bürokraten sind wiederum wendig genug, auf die anerkannte europäische Non-Government-Organisation CEPIS zu verweisen, die ja schließlich über die Empfehlung des ECDL wacht. Damit schließt sich der Kreis, denn „non-government“ heißt „Empfehlung“, nicht „Vorschrift“. Vorschriften aber wollen wir in der Wirtschaft gewiss nicht, wir brauchen höchstens eine Empfehlung. Da es diese Empfehlung aber offensichtlich schon gibt, sehen wir keinen Handlungsbedarf.

Bei der Auseinandersetzung mit der Frage, wie der Digital Divide und der globale Wettbewerb miteinander verwoben sind, kann Finnland in vielerlei Hinsicht als Anschauungsbeispiele dienen. Der finnische Aktionsplan umfasst einige Ziele, die in den letzten Jahren in der einen oder anderen Form auch in den übrigen Aktionsplänen weltweit auftauchen. Es gibt aber keine Anhaltspunkte dafür, dass der finnische Beitrag als Muster gedient haben könnte. Vielmehr scheinen die jeweiligen Expertenkommissionen in allen Ländern zunächst auf die Ergebnisse eigener Diskussionen und Analysen zu setzen. Die Frage: „Wie machen es die anderen?“ wird selten offen gestellt.

Finnland hat mit seinem Weg in die Informationsgesellschaft die alte Pionierregel widerlegt, derzufolge „dem ersten der Tod, dem zweiten die Not und erst dem dritten das Brot“ ins Haus steht. Aus der sehr schlechten wirtschaftlichen Situation Anfang der neunziger Jahre hat sich das Land entlang dieses Leitbilds geradezu herauskatapultiert. Bewerten wir einmal das damalige Zielbündel Finnlands, die einzelnen Aktionslinien mit den deutschen Augen für den Standort Deutschland heute, dann stellen wir fest, dass 8 von 13 Punkten sogenannte „weiche Faktoren“ sind:

1. Industrieorientierung einschließlich Exportfähigkeit
2. Unternehmerorientierung
3. Bürgernetzzugang ermöglichen
4. Medienkompetenz der Bürger erhöhen
5. Geschäfts- und Verwaltungsprozesse vereinfachen
6. IT-Qualifikation auf Weltniveau
7. Wettbewerbsfähige Netzinfrastrukturen
8. Gesetze und Normen für Informationsgesellschaft
9. Bürgerrecht auf Information
10. Verfügbarkeit öffentlicher Information
11. Aufrechterhaltung der Chancengleichheit
12. Erhaltung der kulturellen und sprachlichen Identität
13. Aktive Rolle für mehr Wettbewerb in der Telekommunikation

Auch wenn der finnische Aktionsplan unter staatlicher Moderation aufgestellt wurde, so war es doch keine „Staatsaktion“. Der Aktionsplan sagt deutlich, dass es „Aufgabe einer Myriade von Firmen, Privaten und öffentlichen Organisationen“ sein wird, die Informationsgesellschaft aufzubauen. Die Finanzierung kommt von der Wirtschaft und den Privathaushalten. Die Rolle des Staates ist es, für günstige Rahmenbedingungen zu sorgen. Finnland kann somit die generellste aller „best practices“ vorweisen, derzufolge ein Aktionsplan geeignet ist, in einer Zeit des Leidensdrucks alle wichtigen Akteure (und in der Informationsgesellschaft ist auch der letzte Bür-

ger ein wichtiger Akteur) gleichsam mit einem „Ruck“ auf gemeinsame Wege zu bringen. Ein Aktionsplan ohne Leidensdruck läuft aber Gefahr, Papier zu bleiben. Dies sollten sich Regierungen anderer Länder vor Augen halten, die es nicht verstehen, ihren Akteuren klar zu machen, dass das Verharren in alten Strukturen Wohlstand und Existenzen kostet.

Ohne Zweifel sind die deutschen Aktionspläne besser, viel besser als der damalige finnische. Einige Aktionspläne, besonders die, an denen ich selbst mitarbeiten durfte, halte ich für sogar für die besten der Welt. Leider stehen diese Aktionspläne binnen kürzester Zeit überall gelocht DIN-A-4 im Schrank. Die Wirtschaft hat vor drei Jahren zusammen mit der Bundesregierung die Initiative D21 gegründet, in der heute 200 Unternehmen zusammengeschlossen sind. Hauptzweck dieser Initiative ist inzwischen, immer wieder in die erkaltende Glut der informationsgesellschaftlichen Begeisterung zu blasen. Ein leitender Forschungsbeamter machte mich vor ein paar Monaten darauf aufmerksam, dass von den 200 Firmen doch höchstens 20 aktiv seien, der Rest gebe nur etwas Geld, um sich von der Aktivität freizukaufen. Bei den aktiven Unternehmen wiederum sei wohl offensichtlich die Aktivität auf ein zusätzliches zeitliches Engagement von Leitenden Angestellten beschränkt, nirgends sei auch nur eine neue Stelle in den Unternehmen geschaffen worden, selbst die Geschäftsstelle mit zwei hauptamtlichen Mitarbeitern sei deutlich unterkritisch ausgestattet. Er vermisse die Erarbeitung klarer Aktionslinien für Wirtschaft und Technologie sowie Impulse für die „etwas einfallslose Bürokratie“ allerorten.

Was sollte ich sagen? Ich gab dem Mann erst mal in allen Punkten Recht. Denn auch hier setzt der berühmte deutsche Kreislaufdiskurs ein. Es sind nur wenige Akteure, also kann das nichts Bedeutsames sein. Ein Führungsmann eines großen Dienstleistungsunternehmens und Führungsleute aus „einschlägigen“ Computerunternehmen sagten mir, die ganze Aktion sei - durch den D21-Vorsitzenden Erwin Staudt -

vor allem eine IBM-Aktion. Dahinter stünden mit Menno Harms noch HP, mit Gottfried Dutiné Alcatel und dann gebe es noch Canto Software mit Frau Neumann, das sei für andere nachrückende Unternehmen nicht gerade ermutigend. Denn eine Beteiligung an dieser Initiative mache nur Sinn, wenn Werbeerfolg durch Besetzung der Verbandsspitze absehbar sei. Auf meinen Hinweis, doch die Verbandsspitze mal für zwei Jahre zu übernehmen, erfolgte die nächste Kreislaufetappe: Der Werbeerfolg sei aber ohnedies nicht besonders groß, und man habe auch nichts von einer bevorzugten Behandlung von D21-Mitgliedern bei öffentlichen Auftragsvergaben gehört, warum also das Ganze? Schließlich würden doch alle Themen auch bei den traditionellen Wirtschafts- und Technikverbänden sowie in zahlreichen Veranstaltungen immer wieder behandelt, man müsse in der Initiative D21 schon für mehr Ressourcen und für mehr Akteure sorgen, wenn das etwas Bedeutsames werden sollte. Fazit: Man mache nur mit, wenn mehr Firmen mitmachen.

In solchen Kreislaufdiskussionen fehlt nur noch der Gong beim Rundenzählen. Die Wirtschaft unseres Standorts hält überwiegend - dies ist bei einer Bauchnabel-Selbstbeschau unvermeidlich - den eigenen Atem etwas an und lässt so dem Sauerstoff weniger Chancen, zum Hirn vorzustoßen. Sie ist damit aber nicht allein. Die Parteipolitiker hadern seit 20 Jahren mit ihrem Schicksal, dass die Informationsgesellschaft wenig parteipolitische Alleinstellungsmerkmale hergibt. Niemand ist gegen die Informationsgesellschaft. Die Technikskeptiker bei den Grünen sind seit der Regierungs-beteiligung verstummt, dafür treten junge grüne Abgeordnete mit Überzeugungen in den Ring, wofür sie vor zehn Jahren noch einen industriellen Marketingpreis bekommen hätten. Keine Feinde nirgends. Selbst die strukturkonservativen Hardliner in der IG Metall - bekehrt. Die letzte Hoffnung ruhte noch auf der PDS, aber die haben offensichtlich neben Schnellkursen in angewandtem Ellbogen-Kapitalismus auch die erforderliche Handy-Gewöhnungszeit ab-

solviert. Bei Politikern und bei Wirtschaftsführern gibt es keine digitale Spaltung, die haben schließlich Sekretärinnen.

Das Reizwort vom Ellbogen-Kapitalismus führt natürlich sofort zum Internethype des Fin de Siècle 1999/2000. **Letzte Woche** sagte der Swiscom-Chef Markus Rauh auf dem „Media and Communications Management Forum“ in St. Gallen mit glaubhaftem Zorn, dass es hier zu erheblich „unethischem Verhalten“ vor allem bei Analysten und Bankern gekommen sei. Über diese Beobachtung eines gestandenen Praktikers muss noch gesprochen werden, aber in unserem Zusammenhang ist wichtig, dass der Digital Divide offenbar nicht nur über die Bevölkerung insgesamt hinweg besteht, sondern auch in Führungskreisen der Wirtschaft. Auch dort gibt es Wissende, Halbwissende und Nichtwissende, die im Zusammenwirken viel reales Geld mit virtuellen Konstruktionen in volkswirtschaftlich relevanter Höhe verbrannt haben. Hier ist der wohl einzige Trost, dass dieses Phänomen alle Länder etwa gleichmäßig erfasst hat. Markus Rauh sagte auch, dass man sich wieder mehr auf die traditionellen Werte von Infrastrukturen besinnen müsse. Ich habe daraufhin spaßhalber einmal in Seminarplänen deutscher Hochschulen, Abteilung Ökonomie und Management, der letzten Jahre geblättert und habe auf Anhieb nichts gefunden, was unseren hoffnungsvollen Internet-Unternehmernachwuchs mit wichtigen technischen Grundfakten über Kommunikationsnetze vertraut gemacht hätte. Hart gesagt, haben Ökonomie-Studierende nur die Wahl zwischen „klassischen“ Ökonomiefeldern, in denen die Technik (meist als Technologie bezeichnet) als ein mehr oder weniger buntes Powerpoint-Kästchen vorkommt, und „e-commerce“-Ökonomiemodellen, in denen das „Internet“ als ein technisches Passepartout erscheint, mithilfe dessen „alles geht“. Ich habe als ehrenamtlicher Multimedia-Coach in der Region Stuttgart erlebt, dass tolle junge Leute sich plötzlich sehr beratungsresistent zeigten, wenn ich über die technischen Grenzen des Internet sprach oder gar über dessen

gesetzlichen oder ethischen Begrenzungen. Wie so viele Coaches hörte ich Worte wie das spöttische „Old Economy“ oder das vorwurfsvolle „Standardisierungsdenken“.

Wir haben es also auch mit einem Digital Divide zu tun, der uns nicht einfach darauf vertrauen lassen kann, dass oben, bei den „Haves“ alles in Ordnung sei, und dass wir uns voll und ganz auf die „Have-nots“ konzentrieren können. Gerade jetzt, nach dem ersten Internet-Hype, glauben viele Traditionalisten, dieser Internetspuk sei bald vorüber und man könne alles etwas zurückschrauben. Die Berliner Szene hat vor ein paar Tagen die „New Economy“ feierlich beerdigt. Wenn sich dieser Irrglaube zu einem veritablen „Internet-Hangover“ entwickelt, dann würden wir an unserem Standort sehr rasch zurückfallen.

Ein wichtiges Stichwort dabei sind die Informationsdienstleistungen. Solche Dienstleistungen - dies ist längst erkannt - unterliegen denselben Prinzipien wie Produktionen. Sie können und werden dorthin verlagert werden, wo die Gestehungskosten am Billigsten sind. Schon heute haben Call-Center keinen regionalen Bezug mehr, viele Hotlines haben auch den jeweiligen Sprachraum längst verlassen. Ob nun tatsächlich viele fleißigen Chinesinnen das deutsche Telefonbuch für eine hoffnungsvoll gestartete (inzwischen unsanft gelandete) Mannheimer Firma wirklich abgeschrieben haben oder nicht, ist dabei unwichtig. Wichtig ist, dass dies absolut möglich wäre. Weil Friseur, Altenpfleger, Polizisten, Feuerwehrleute, Schlüsseldienste und andere Humandienstleister nach wie vor erkennbar kundennah lokal arbeiten müssen, glauben auch Waschmaschinenreparierer und andere alltäglich wichtige Handwerker, dass mit dem Handy die Arbeitsplatz-Versicherung für das 21. Jahrhundert abgeschlossen sei. Das Internet und die Online-Dienste bleiben in dieser Vorstellung auf das sogenannte B2B-geschäft reduziert, man ist schließlich kein Versandhandel. In einer vernetzten Wirtschaft, die zunehmend auch die Haushalte erfasst, bietet sich

aber die Chance, das Waschmaschinenproblem des Kunden durch eine „digitale Diagnose“ oder sogar durch Inaugenscheinnahme mithilfe einer Online-Kommunikation zu verbilligen. Der teure Meister (dies kann auch ein Spezialist des Herstellers oder des Großhändlers sein) macht in diesem Szenario die Tele-Diagnose, die Auswechslung des defekten Moduls besorgt eine erheblich billigere lokale Arbeitskraft, ein „Geh-Her-Da“, wie es in Bayern heißt. Die Hoffnung, dass es immer des lokalen Eingriffs bedürfe, mag bei Waschmaschinen noch angehen, wenngleich selbst hier festgehalten werden muss, dass auch die „einfache Hilfskraft“, sprich: schon jeder Hauptschulabsolvent, mehr als nur Grundkenntnisse der mobilen PC-Kommunikation braucht. Teile der Wertschöpfung rücken auf jeden Fall räumlich weg, hin zu den „Server-Farmen“, die irgendwo auf der Welt sein können.

Bei Versicherungen, Banken, Börsen und allen anderen rein „informationellen“ Kundenbeziehungen könnte es bald schon dramatischer werden. Schon jetzt - in der Noch-Telefonzeit - werben Direktversicherer und Direktbanken mit dem „Wegfall teurer Außenstellen“. Mit der Online-Kommunikation werden zunehmend Prozesse verkürzt. Neulich habe ich einen kurzen e-Maildialog mit meiner Bankfachkraft geführt, das hat uns beide insgesamt keine zwei Minuten gekostet. Zwei Minuten brauchen wir am Telefon schon für die Begrüßungs- und Abschiedsfloskeln, am Mobiltelefon allein für das „Bedauern über die schlechte Kanalqualität, ich wiederhole noch mal“. Aber mit den aufkommenden Online-Diensten werden sogar die Minutenmails bedroht. In vielen Fällen lohnen sich automatisierte Prozesse schon heute, wie etwa bei der Abfrage des Kontostands und ähnlichen einfachen Vorgängen. Künftig werden auch zunehmend komplexere Vorgänge automatisiert werden. Die Anforderungen an die verbleibenden Fachkräfte steigen jedoch unvermindert an, ohne PC- und Netzkompetenz ist das Verbleiben aber stets gefährdet.

Der globale Wettbewerb wird also selbst Bereiche erfassen, die sich heute noch sicher wähnen. Vorne an stehen dabei Verwaltungsdienstleistungen - private wie öffentliche. Denn gerade in einem zusammenwachsenden Europa können Informationsdienstleistungen exportiert und importiert werden. Deutsche Öffentliche Verwaltungen denken bei Electronic Government an alles Mögliche, nur nicht an Exportchancen. Und einen Importdruck spüren sie gar nicht, weil sie sich mithilfe des Bestandsschutzes auch davor gesichert wähnen. Unsere Nachbarn sind da deutlich innovativer und „hungriger“: In Frankreich wird im vorbildlichen Verwaltungsportal AdmiFrance ganz offen darüber auch diskutiert, welche elektronischen Dienstleistungen man auch über die Grenzen hinaus anbieten könnte. Und komme mir keiner mit der Sprachschwelle: Es gibt wahrscheinlich mehr Skandinavier, Tschechen oder Polen, die besser Deutsch können als umgekehrt die Deutschen diese Sprachen. Wenig hilft uns auch unsere feste Überzeugung, dass die Österreicher kein richtiges Deutsch können. Im dortigen www.amtshelfer.de habe ich erste Module entdeckt, die mit nur geringen Anpassungen auch in einem deutschen Verwaltungsportal implementiert werden könnten.

All diese Beispiele sollen nur belegen, dass es für unseren Standort im globalen Wettbewerb keine andere Chance gibt, als die Zukunftssicherung durch den Kampf gegen den Digital Divide zu intensivieren. Was uns vor allem Not tut, ist eine Rückbesinnung auf Infrastrukturen. Um das spröde Wort „Infrastruktur“ zu erläutern, weise ich immer darauf hin, dass zu der Infrastruktur aller Verlage über die vernetzten Druckmaschinen hinaus unter anderem

- erstens auch Menschen gehören, die Lesen können
- zweitens Menschen, die denen das Lesen beibringen
- und drittens Menschen gehören, die diesen Ausbildern wiederum eine Ausbildung geben.

Das wichtigste Element einer Infrastruktur für die Informationsgesellschaft ist also die Bildung. Diesem Umstand ist zumindest in Bezug auf die Budgets des BMBF bereits eindeutig Rechnung getragen, hier gibt es in unseren Sparzeiten höhere Zuwachsraten als anderswo. Wenn es nun gelingt, die Bundesländer davon zu überzeugen, dass diese notwendigen Mittel nur mit neuen und innovativen Mitteln, nicht mehr durch einfallsslose Steuererhöhungen, aufgebracht werden können, wäre eine wichtige Etappe erreicht. Neue Einfälle gibt es genug. Aber ich stelle fest, dass mein Vorschlag „Qualifikation ans Netz“, für eine massive Ausstattung aller Mitarbeiter mit Online-PCs zuhause den Unternehmen bzw. den Tarifpartnern temporäre steuerliche Privilegien einzuräumen, bald ins fünfte Jahr seines Bestehens geht. Trotz Kanzlerworten bei D21 und vieler Bittschriften von Wirtschaftsführern hat der Vorschlag noch nicht einen einzigen Ministerialdirektor in einem deutschen Finanzministerium auch nur zu einem zögerlichen Kopfnicken gebracht. Entsprechendes gilt für den Teufelskreis rund um die Zertifizierung von Kompetenzen für den Umgang mit dem PC, wo die Kultusverantwortlichen schnellstens einsehen sollten, dass eine Note in allen Zeugnissen ein schon mittelfristiges Ziel werden muss. Die Breitenbildung soll bei uns staatliche Aufgabe bleiben, dazu gehören Aktionen wie „www.Digitale-Chancen.de“ für den allgemeinen Zugang zu öffentlichen Terminals ebenso wie die Eliteförderung in den Hochschulen, wo man - von Technik bis Business - eigentlich Besseres leisten könnte als nur die Adaption von überseeischen Modellen. Die Rückbesinnung auf Infrastrukturen, die heute anders finanziert werden müssen, als früher bei den Staatsmonopolen, die aber auch im freien Spiel des globalen Wettbewerbs nicht mehr ausreichend gewährleistet sind, ist mehr als nur eine intellektuelle Herausforderung.

Die wohl größte Anstrengung muss gleichwohl in der Wirtschaft geschehen. Die Medienkompetenz gehört nicht nur zur Firmen-

kompetenz, sondern auch zur „employability“ von Menschen, deren Arbeitsplatz von den Märkten nicht mehr gesichert werden kann. Es ist absolut sinnlos, hier auf einzelne Unternehmen, und seien es auch die größten, zu setzen. Für dieses übergeordnete Problem kann nur eine erneuerte Verbandsarbeit Lösungsansatz sein. Weil es aber nach wie vor schwierig bis unmöglich ist, „fresh money“ für jedwede Verbandsarbeit zu generieren, bleibt als Strategie zunächst nur die Kooperation. Angesichts der großen Herausforderung durch den Digital Divide im globalen Wettbewerb können leider nicht Tausend Blumen blühen, sondern vielleicht nur ein Dutzend. Doppelarbeit, Doppelmieten und Doppelwege sind ein träumbarer Luxus, den wir uns wohl leider nicht leisten können. Und die Verlagerung auf rein ehrenamtliche Kräfte hat sich in den letzten Jahren ebenfalls als ein Irrweg herausgestellt, auch wenn das Ehrenamt jetzt aktuell wenigstens steuerlich mit bis zu 300 DM pro Monat unterstützt wird. Auch vollkommen gemeinnützige Aktivitäten sind eben nun nicht prinzipiell kostenlos, sie brauchen ein Mindestmaß an professioneller Betreuung.

Als optimistischer Realist kann ich zum Schluss doch nur den größten Schrecken verbreiten, den Organisationen in Deutschland kennen: Die Bewältigung des Digital Divide im globalen Wettbewerb kann man aus den unterschiedlichsten Gesichtspunkten betrachten, es riecht aber immer nach harter Arbeit.

